

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1921

171 (26.7.1921)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger zugestellt 5.50 M mit Zustellgebühr; durch die Post bezogen 5.50 M; in der Geschäftsstelle und bei unseren Karlsruher Abzügen abgeholt 5 M monatlich. — Einzelheft 25 Pf.

Ausgabe: Mittwochs mittags, Geschäftsstelle 8.50 M; Redaktion: Luisenstr. 24, Fernsprecher: 3.50 M; Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die einseitige Kolonelleile 1.20 M. Die Reklamezeile bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmefrist 8 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Die Entente und Oberschlesien

Paris, 25. Juli. Die der „Reit Parisien“ mitteilt, hat die französische Regierung dem französischen Botschafter in London erneute Instruktion erteilt. Im Laufe des gestrigen Sonntag hat der Generalsekretär Philippe Berthelot den englischen Geschäftsträger Cheetham empfangen. Das Blatt glaubt, daß über die Frage der nach Oberschlesien zu entsendenden Truppen gesprochen wurde, da die Frage durch die deutsche Note eine neue Wendung genommen habe. Der französische Botschafter in London habe ebenfalls darauf gedrungen, die englische Regierung möge ihre Zustimmung zur Entsendung von Truppenverpflichtungen geben.

London, 25. Juli. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt: Der französische Botschafter hatte mit Lord Curzon am Sonntag nachmittags eine ungewöhnlich lange Besprechung. Er erneute Briands Ersuchen um Entsendung britischer Truppen nach Oberschlesien. Die französischen Truppen würden auf jeden Fall abgehen. Lord Curzon wies darauf hin, daß keine Truppen abgehen sollten, bevor der Oberste Rat dieses Verfahren gebilligt habe. Er drängt nochmals auf den Zusammentritt des Obersten Rates zu Anfang August.

Ein diplomatischer Korrespondent der „Sunday Times“ erklärt, die Haltung der französischen Besatzungstruppen in Oberschlesien sei durchaus provozierend. Die Entsendung weiterer Truppen würde die Lage verschlimmern. Neue Ansuchen in Oberschlesien würden wahrscheinlich den Sturz der deutschen Regierung herbeiführen. Wenn Truppen entsandt werden sollen, müssen es ebenso Engländer wie Franzosen sein.

Paris, 26. Juli. Wie der Londoner Korrespondent des „Reit Parisien“ erzählt, hat die englische Regierung den englischen Kommissar in Oberschlesien, Sir Stuart, aufgefordert, dringend nach London zu kommen, um mit der Regierung zu konferieren. Die englische Regierung will ihren Vertreter in Oberschlesien über die Meinungsverschiedenheit befragen, die zwischen seinem persönlichen Telegramm und der Note der I.A.K. an die Botschaftskonferenz besteht. Der Korrespondent meldet weiter, daß gestern eine neue Unterredung zwischen dem französischen Botschafter und Lord Curzon stattgefunden hat. Nach gewissen Informationen würde England mit einer Vertagung der Sachverständigen einverstanden sein, wenn die französische Regierung den Zusammentritt des Obersten Rates mit dem 1. oder 5. August annehmen würde.

Paris, 26. Juli. Die Beziehungen zwischen Paris und London sind seit gestern entschieden verschlechtert geworden. Frankreich ist besonders entgegenkommend, falls einstimmig das Datum der Konferenz auf den 4. August festgesetzt würde. Gegenüber besteht Frankreich auf der Entsendung neuer Truppen nach Oberschlesien. Was die Einberufung der Sachverständigenkonferenz für Oberschlesien anbelangt, so ist es noch unbestimmt, ob Frankreich in diesem Punkte nachgeben wird oder ob England seinerseits die Sachverständigen ernennen wird. Man weiß hier darauf hin, daß die Sachverständigen sehr wohl bis zum 4. August mit den Arbeiten fertig werden und dadurch die Aufgabe des Obersten Rates erleichtert werde.

Paris, 26. Juli. Der „Matin“ erklärt, daß der wahre Grund der Meinungsverschiedenheit zwischen Paris und London darin liegt, daß England gebunden sei, England habe, um Deutschland zur Annahme des Ultimatums zu veranlassen, eine günstige Lösung der ober-schlesischen Frage zugesichert.

Paris, 25. Juli. Der „Deuxième“ meint, die Antwort Deutschlands sei von unverfälschter Ironie.

Zur Programmdebatte

Unser Berliner St.-Mitarbeiter schreibt uns:

Es ist durchaus erfreulich, wenn sich auch die Unabhängigen an der Debatte über die Schaffung unseres neuen Parteiprogramms beteiligen, und es ist recht beachtlich, wenn die „Freiheit“ davor warnt, einen Entwurf zum Parteiprogramm zu erheben, der die Luft innerhalb des Sozialismus vertiefen könnte. Aber die Freimütigkeit, mit der die unabhängige Presse den sozialdemokratischen Programmentwurf kritisiert, gibt uns den Anlaß und das Recht, auch die Kritik und die Kritiker von unserem Standpunkt aus zu kritisieren. Eine solche Debatte könnte unter Umständen sogar recht fruchtbar werden, da ja die Unabhängigen die Verschiedenheit der Grundzüge als die Ursache der fortbestehenden Spaltung betrachten. Grundrührliche Klarheit ist die Vorbedingung nicht nur für eine etwaige spätere Einigung, sondern auch für ein erträgliches, nicht immer wieder durch Mißverständnisse gestörtes Nebeneinander auch jetzt.

Die unabhängige Kritik hat an dem Entwurf zweierlei auszuheben: Erstens, daß er sich für die Demokratie im Gegensatz zur Diktatur bekennt, und zweitens, daß er reformistisch ist. Die „Freiheit“ findet die im Entwurf ausgesprochene Ablehnung einer Minderheitsdiktatur „selbstverständlich, gerade aber deshalb nichtsagend“. In dem dogmatischen Streit um Diktatur oder Demokratie erblickt sie eine Kinderei und „einen untauglichen Versuch, der künftigen historischen Entwicklung das Geseh eines Handelns vorzuschreiben, das ausschließlich von den konkreten Umständen der revolutionären Machtergreifung bestimmt wird.“

Das heißt mit anderen Worten: Die Unabhängigen stehen zur Demokratie, aber sie können auch anders. Wir stehen zur Demokratie und können nicht anders. Das ist der Unterschied, und man soll nicht sagen, daß er gering sei. In der Praxis hat er im Winter 1918/19 dazu geführt, daß die Regierung der Volksbeauftragten an der Frage der Wahl zur Nationalversammlung auseinanderbrach. Damals glaubten die Unabhängigen, die „konkreten“ Umstände der revolutionären Machtergreifung drängten in der Richtung von der Demokratie hinweg zum politischen Räteystem. Und sie ließen sich von diesen eingebildeten konkreten Umständen leiten wie ein Schiff, das ohne Segel und Steuer mit der Strömung treibt. Die Sozialdemokratie dagegen nahm den Kurs scharf zur Demokratie und erreichte ihr Ziel, indem sie die einzige Rettung aus dem sonst unvermeidlichen Schiffbruch erkannte. Wem hat die geschichtliche Entwicklung seitdem recht gegeben?

Am 5. Dezember 1919, also vor noch nicht zwei Jahren, beschloßen die Unabhängigen auf ihrem Leipziger Parteitag ein Aktionsprogramm, in dem sich unter anderem folgende Sätze befinden:

„Die politische Herrschaftsorganisation des kapitalistischen Staates wird mit der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat getrimmert. An ihre Stelle treten die politischen Arbeiterräte als Herrschaftsorganisation des Proletariats... Die Diktatur des Proletariats ist ein revolutionäres Mittel zur Beseitigung aller Klassen und Aufhebung jeder Klassenherrschaft, zur Erringung der sozialistischen Demokratie. Mit der Sicherung der sozialistischen Gesellschaft hört die Diktatur des Proletariats auf, und die sozialistische Demokratie kommt zur vollen Entfaltung.“

Es ist unmöglich, mehr unklare Revolutionsromantik in weniger Worte zu pressen. Das politische Räteystem ist eine ganz verführerische, niemals näher definierte Vorstellung. In Rußland hat ein paar Monate ein Schein davon existiert, dann ist er durch den wirklichen Absolutismus der kommunistischen Parteiregierung abgelöst worden. Jetzt erklärt selbst Brandler, die Entwicklung zum Kommunismus brauche noch Jahrzehnte, vor zwei Jahren aber zeigten sich die Unabhängigen bereit, für die Übergangszeit, die sie damals offenbar für ganz wesentlich kürzer hielten, auf die Demokratie zu verzichten und eine Minderheitsdiktatur zu errichten, deren Ablehnung die „Freiheit“ heute „selbstverständlich, gerade aber deshalb nichtsagend“ findet.

Von dem neuen sozialdemokratischen Programm kann man billigerweise nicht verlangen, daß es Irrtümern der Unabhängigen entgegenkommt, an die sich diese selbst heute nur noch ungerne erinnern lassen.

Ähnlich sieht es mit dem Vorwurf der Unabhängigen, der Programmentwurf sei reformistisch. Das Leipziger Aktionsprogramm forderte — nicht auf dem Weg demokratischer Gesetzgebung, sondern diktatorischen Dekrets — unverzüglich, Bergesellschaftung von Banken, Versicherung, Kohle, Wasser, Elektrizität, Eisen- und Stahlproduktion, des Transport- und Verkehrsweins, des Großgrundbesitzes, des städtischen Grund und Bodens, des Ernährungsweins, des Erziehungsweins usw. Heute weiß jeder Mann, daß es ungemein leicht ist, dies alles auf dem Papier auf einmal zu fordern, daß es aber ganz unmöglich ist, dies alles in kurzer Frist und ohne nähere Ueberlegung mit einem einfachen Federstrich durchzuführen. Theoretisch kann man dies alles auf einmal fordern, in der Praxis aber wird es sich in eine gewaltige Menge von einzelnen Reformen

Meinungsverschiedenheiten im Entente-Lager

Paris, 25. Juli. Die Unterhandlungen zwischen Frankreich und England wurden im Verlauf des gestrigen Tages fortgesetzt. Am Morgen hat der Quai d'Orsay an den französischen Geschäftsträger in London St. Aulair ein neues Telegramm gerichtet, in dem ohne Zweifel, die englische Regierung aufgefordert wird, ihre Zustimmung für die Entsendung von Truppen nach Oberschlesien zu erteilen. Außerdem erhielt gestern Philipp Berthelot zweimal den Besuch des englischen Bevollmächtigten in Paris, Milne Cheetham, der in Paris die letzten Besprechungen in London zwischen Aulair und Lord Curzon am Samstag bestätigt hat. Der „Reit Parisien“ glaubt zu wissen, daß gestern morgen eine englisch-italienische Mitteilung nach Paris gerichtet wurde. Es handelt sich um einen neuen Plan, der von Sir Stuart und dem italienischen Vertreter in Opatowitz ausgearbeitet wurde und zum Teil wieder eine alte Geschichte aufwärmt. Hiernach sollen diese beiden Vertreter vorschlagen, daß man den Deutschen wie den Polen erst die Gebiete zuteile, in denen die Polen oder Deutschen unweifelhaft eine Mehrheit haben, d. h. Polen würde die Distrikte von Wlasy und Abnisk zugeteilt erhalten und Deutschland die südlichen und westlichen Gebiete des umstrittenen Landes: Rosenbergs, Kreuzburg, Opatowitz und Leobschütz. Auf diese Weise könnten die sämtlichen interalliierten Streitkräfte in den Industriegebieten konzentriert werden und die Entsendung von neuen Truppen sollte auf ein Minimum beschränkt werden. Der „Chicago Tribune“ sagt hierzu, daß im Verlauf der gestrigen Besprechungen der englische Vertreter mitgeteilt habe, England mache hinsichtlich der Entsendung der Truppen nach Oberschlesien alle Vorbehalte.

Die Delegiertenwahlen im Metallarbeiterverband

Berlin, 26. Juli. Bei der Abstimmung zu den Delegiertenwahlen für den im September in Jena stattfindenden Verbandstag des deutschen Metallarbeiterverbandes wurden in Berlin insgesamt 63 517 Stimmen abgegeben. Es erhielt die Liste A (Amsterdam) 30 523, Liste B (Woslaw) 22 994 Stimmen, so daß damit die Liste A mit einem Vorsprung von 7 529 Stimmen gewählt ist.

Blond George zur irischen Frage

London, 25. Juli. Ueber die Verhandlungen zwischen England und Irland sind keine neuen Einzelheiten bekannt; man erwartet im Laufe nächster Woche eine endgültige Entscheidung. Der „Reit Parisien“ glaubt zu wissen, daß das von Blond George vorgelegene Projekt folgende Vor schläge enthält: 26 Distrikte Südlands sollen ein Parlament nach dem Vorbild desjenigen der australischen Staaten erhalten, Witterung dagegen das jetzige Parlament beibehalten. Außerdem wird eine dritte Organisation gebildet, die den Namen „Irische Kammer“ erhalten wird und sowohl von Nord- wie von Südländern erwählt würde. Schließlich würde Irland in jener Gesamtzahl gleiches Recht als das englische Reich angegliedert werden, wie Kanada, Südafrika, Neuseeland und Australien.

Die Franzosen in Oberschlesien Ein Zwischenfall in Gleiwitz

Am Sonntagabend 8 1/2 Uhr wurde in einem Lokal der Former Emanuel Gornia aus Gleiwitz

von zwei französischen Soldaten erschossen.

Gornia hatte sich im Lokal mit zwei Franzosen unterhalten, wobei es zu einer Auseinandersetzung kam. Zwei italienische Soldaten versuchten anscheinend, die Namen der Franzosen festzustellen. Im weiteren Verlauf wurde dem einen Franzosen die Revolverkugel weggenommen; sie war jedoch leer. Den Revolver hatte der Franzose in der Hosentasche. Die Franzosen waren inzwischen auf die Straße gegangen und von hier eröffneten sie eine heftige Schießerei. Die Franzosen schossen 11 Schüsse auf; auch die Türen sind geschossen und an den Wänden mehrere Nägel angebracht. Innerhalb des Anwesenden befanden sich verschiedene Frauen und Kinder, die in große Aufregung versetzt wurden. Die Frauen versuchten zu flüchten, im Hausflur wurde Gornia durch einen Schuß von der Straße getötet.

nkuch & C
ter u. Kind
Schweizer
Alpen-
isch-Mehl
nactina-
ndermehl
5.—
nactina-
Rinder-
rühstück
erfataf mit
und Zucker
9.50
wiedack
1.90
und
2.50
roden-
ollmilch
Gramm-Paket
3.20
nkuch & C
rben!
Empfehle
in allen
arden / Eden
Lade, Teeper-
Fußbodenlud,
ne, Fußboden-
ronen u. Fern-
Buntglasbilder,
wachs, Möbel-
puttur,
beten
id-Zäpfelweiner,
Kringe, Pinzet u.
eichbüchlein.
d Iseemann
Farben, Lade
Buchfal
erfr. 14 und 18,
Telef. 70. 4802
anzil
in Wanzen
überred nehmen
helfen u. Drogerien
hennhaffe
abends 8 Uhr
st zur „Einde“
ubfzigung
onats Juni 1921
licht eingeladen
eine besonders
und dessen Stell-
ub zweier Stell-
1. 2 der Sägung
ndet später statt.
6309
zeigen.
be
von 8—12 Uhr
nachmittags
6.
1688
al-Stadt
t für den
freund.“

aufzuheben, deren Durchführung viel Zeit, viel Geduld, viel Ueberlegung und die Ueberwindung zahlreicher Schwierigkeiten erfordert. Es gibt nicht zwei Systeme: Reformismus und Revolutionismus, sondern es gibt nur zwei Sorten von Reformismus: Einen praktisch arbeitenden und einen atemlos überführten. Die zweite Sorte wird entweder überhaupt zu keinen Ergebnissen kommen oder nur zu höchst unglücklichen.

Darum kann auch der Vorwurf des Reformismus den Entwurf des sozialdemokratischen Parteiprogramms nicht treffen. Daß dieser Entwurf kein Meisterstück ist, das ist von sozialdemokratischer Seite selbst schon mehrfach gesagt worden. Positive Vorschläge zu einer Verbesserung sind erwünscht, von welcher Seite immer sie kommen mögen. Aber dies darf heute schon gesagt werden, daß das neue sozialdemokratische Programm keinesfalls sich das Leipziger Aktionsprogramm der Unabhängigen zum Vorbild nehmen wird.

Verwirrung in Moskau

O. G. Teridi, 23. Juli. Der Gedanke, öffentliche Arbeiten in den Hungergouvernements zu organisieren, um der hungerleidenden Bevölkerung eine Lebensmöglichkeit zu schaffen, wird jetzt bereits als aussichtslos betrachtet. Auch Ueberweisungen großer Geldsummen in die notleidenden Gebiete können wenig nützen, da es unmöglich ist, dort die notwendigen Lebensmittel dafür zu kaufen. Die Hoffnungen auf den Freihandel sind gescheitert, da es den Bauernwirtschaften an den nötigen Austauschprodukten fehlt. Brot ist, nach einer Mitteilung der „Krasnaja Gazeta“, augenblicklich in Perm, Tscheljabinsk, Orenburg und Wjatka teurer als in Petersburg und Moskau. Der Genossenschaftslehre hat festgestellt, daß die Genossenschaften gegenwärtig ohnmächtig sind, die ihnen zugehörte Mühle bei der Hebung der Ernährungslage zu erfüllen. In alledem fehlt es an einem genügenden Apparat zur Erfassung der Naturalsteuer. Selbst die Mitglieder der kommunistischen Partei sind angesichts der trostlosen Lage bestrebt, Aufträge für die Rettungssaktion möglichst aus dem Wege zu gehen. In leitenden Sowjetkreisen herrscht eine verwirrende und bedrückende Stimmung. Stimmlos dafür ist, daß in Moskau bereits von bevorstehenden Veränderungen im Bestande des Rates der Volkskommissare gesprochen wird, wobei die Möglichkeit betont wird, daß diese einschneidender Art sein könnten. Es ist tatsächlich der vermehrte Gedanke aufgetaucht, einen Feldzug nach Estland, Lettland und Litauen zu unternehmen, um sich der dortigen Getreidebestände zu bemächtigen; jedoch in den gemäßigteren Kreisen, mit Lenin an der Spitze, sieht man solchen abenteuerlichen Plänen entschieden ablehnend gegenüber.

Aus der Partei

Eine Tagung des Bezirksausschusses
In Karlsruhe tagte am Montag, 25. Juli, der Bezirksausschuss der sozialdemokratischen Partei Badens, um zur Kandidatenaufstellung Stellung zu nehmen. In eingehender und sachlicher Weise wurden dabei alle Fragen gründlich erörtert. Geschlossen und entschlossen wird die Partei in den Wahlkampf eintreten. Den Auftakt zum Wahlkampf wird der außerordentliche Parteitag am 4. September in Karlsruhe bilden, in dessen Mittelpunkt das Thema „Die bevorstehenden Landtagswahlen und die Sozialdemokratie“ und die Feststellung der Landesliste stehen wird.

Zur Tagesordnung des Parteitag

Der Entwurf des Parteiprogramms hat viel Anerkennung für die fleißige Einzelarbeit gefunden, die darin steckt. Aber ebenso allgemein ist wohl die Ueberzeugung, daß die Arbeiten noch nicht weit genug gediehen sind; es würde schwerlich sein, wenn der Parteitag heute über Kopf in Vörlitz ein endgültiges Programm beschließt. Der Anker des Programmwerkes liegt ja zu einem großen Teile darin, daß die breiten Massen der Parteigenossen sich bei den Debatten über das Parteiprogramm über die Grundanschauungen der Partei klarer werden können, als sie bisher waren. Nun ist die bisherige Arbeit am Programm im wesentlichen Sachverständigenforschung im kleinen Kreis gewesen. Soll die Sozialdemokratie ein Parteiprogramm haben, das aus dem Geiste der Partei hervorgeht, so kann es nichts Besseres geben, als nach der Programmdebatte in Vörlitz den Organisationen ein Jahr Zeit zu lassen, um sich eingehend mit dem Entwurf und seiner Kritik zu befassen.

Manon Lescaut

Roman von A. F. Prédost
(Fortsetzung.)

Ich beschloß, womöglich meinen Vater zu verzeihen. Meine Geliebte war so lebenswürdig, daß ich nicht zweifelte, sie würde ihm gefallen, wenn ich Mittel fände, ihn mit ihren Vorzügen, mit ihrer Gültigkeit bekannt zu machen. Mit einem Worte, ich schmeichelte mir, von ihm die Erlaubnis zu meiner Verzeihung zu erlangen, seit ich von dem Jrrwege zurückgekommen war, es ohne seine Einwilligung tun zu können. Ich teilte meine Absicht Manon mit, indem ich sie darauf aufmerksam machte, daß, nebst der Pflicht meiner kindlichen Gefühle, auch die Notwendigkeit uns darauf verweise, denn unsere Klasse war sehr angegriffen, und mein Glaube an ihre Unerlöschlichkeit war schon entzweit.

Manon nahm meinen Vorschlag mit großer Kälte auf. Doch stüßten sich die Einwendungen, die sie dagegen erhob, nur auf ihre Püchlichkeit, auf ihre Furcht, mich zu verlieren, wenn mein Vater unseren Aufenthalt erfuhr. Ich hatte also keine leise Ahnung von dem grausamen Schlag, der gegen mich geführt werden sollte. Als ich ihre unerschütterliche Vorliebe, meinte sie, unser Vorrat reiche noch für einige Wochen, und dann würde sie Hilfe bei einigen Verwandten in der Provinz finden, an die sie schreiben wollte. Sie verließ ihre Betätigung durch so zärtliche und so leidenschaftliche Liebesungen, daß ich, der ich nur in ihr lebte und nicht die Spur von Mißtrauen in ihr Gemüt fühlte, allen ihren Entschlüssen zustimmte. Ich hatte unsere Börse in ihre Hände gegeben, sie war es, die alle unsere Ausgaben bestritt. Mit der Zeit bemerkte ich, daß unser Tisch besser bestellt war, und daß sie mehrere Toilettengegenstände von bedeutendem Werte angeschafft hatte. Da ich wußte, daß nur noch zwölf oder fünfzehn Pistolen geblieben sein konnten, so äußerte ich meine Verwunderung über diese scheinbare Zunahme unseres Wohlstandes. Sie bat mich lachend, mir keine Sorge darüber zu machen. „Habe ich dir nicht versprochen, Hilfe zu finden?“ sagte sie.

Ich liebte sie zu aufrichtig, um mich leicht zu beunruhigen. Eines Tages, als ich nachmittags mit der Bemerkung ausgegangen war, ich würde länger ausbleiben als gewöhnlich, wunderte ich mich bei meiner Rückkehr, daß ich mehrere Minuten an der Tür warten mußte. Wir hatten nur ein junges Mädchen von ungefähr unserem Alter zur Bedienung. Als sie kam, mir zu öffnen, fragte ich sie, weshalb sie solange gezögert

Auf diese Weise könnte der Parteitag in Vörlitz wohl auch die Zeit gewinnen, die beiden wichtigsten politischen Gegenwartsfragen der Partei eingehend zu behandeln. Wir möchten sie kurz als die preußische und die Finanzfrage bezeichnen.

In Preußen ist bei der Regierungsbildung ganz konkret die Frage an die Landtagsfraktion herangetreten, was für die Sozialdemokratie besser ist, völlig aus der Regierung auszuscheiden oder sich mit der Deutschen Volkspartei zusammen in die Regierung zu setzen. Nach unserer Ueberzeugung hat die Fraktion recht daran getan, das Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei von sich aus abzulehnen. Denn die Regierungsbildung mit der Deutschen Volkspartei kann, wenn die Partei es will, noch jederzeit erfolgen; ist sie aber einmal erfolgt, dann war die dadurch eingetretene Parteischädigung nicht ohne weiteres aus der Welt zu schaffen. Eine höchste preußische Parteiminstanz gibt es nicht; Preußenfragen sind für die Sozialdemokratie Reichsfragen. Deshalb darf der Parteitag in Vörlitz sich nicht damit begnügen, gleich dem Parteitag in Rassel eine deutungsfähige allgemeine Richtlinie zu geben, sondern er muß ganz konkret die Frage beantworten: Soll die Sozialdemokratie in Preußen nötigenfalls auf lange Zeit auf die Regierungsteilnahme verzichten oder soll sie sich mit der Deutschen Volkspartei zusammenschließen?

Im Mittelpunkt der Finanzfragen, die vom Herbst an das Deutsche Volk aufs lebhafteste bewegen werden, steht die Erfassung der Goldwerte. Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat sich dieses Verlangen unseres Volkes ganz zu eigen gemacht; sie will neuen Steuern nicht zustimmen, wenn nicht mit der Steuerbefreiung der Sachwerte durchaus ernst gemacht wird. In der Gewerkschafts- und Parteipresse sind einige abweichende Stimmen laut geworden, die immerhin beweisen, daß das Problem noch nicht vollständig gelöst ist. Nun müssen wir mit der Möglichkeit rechnen, daß die Finanzfrage nicht allein im Reichstag ausgefochten wird; zum mindesten wird für die Entscheidung die Stimmung der breiten Arbeitermassen wichtig sein. Der Parteitag sollte deshalb auch diese Frage möglichst eingehend besprechen und eine so klare Entscheidung treffen, daß alle Vertreter der Partei über ihren Willen nicht mehr im Zweifel sein können.

Ob es sich empfiehlt, diese Fragen im Rahmen des allgemeinen politischen Referats zu behandeln oder wenigstens in der Aussprache davon zu trennen, ist von untergeordneter Bedeutung. Die Hauptfrage ist, daß wir uns nicht mit einigen allgemeinen Redewendungen über die Fragen hinwegsetzen, deren Entscheidung unsere politische Arbeit im nächsten Jahre ausschlaggebend beeinflussen wird, sondern sie ausführlich besprechen und unabweislich entscheiden.

Zusammenkunft sozialdemokratischer Jugendpfleger und Jugendamtsleiter

Anlässlich der Reichstagsung der Arbeiterjugend in Bielefeld fand am Samstag, den 30. Juli, vormittags 10 Uhr, eine Aussprache aller in den Jugendämtern tätigen Parteigenossen statt. Der Zweck der Besprechung ist, eine gewisse Verbindung herzustellen, um Erfahrungen auszutauschen und Anregungen für die Arbeit zu geben. Näheres über den Ort der Zusammenkunft ist in der „Eisenhülle“, Marktstr. 8, zu erfragen.

Oberstrot. Am Samstag sprach Genosse Schöpflin hier in einer öffentlichen Versammlung, die schlecht besucht war.

Oberachern. Am Sonntag vormittag tagte hier eine öffentliche Versammlung, in der Genosse Schöpflin über die politische Lage sprach. Die Versammlung war auf Besuch und nahm einen sehr befriedigenden Verlauf. Konkrete Schlüsse über die sozialistischen Arbeiter in Oberachern in Zukunft enger zusammen zur tatkräftigen Arbeit.

Alle Jungen im Offiziersbelebungsprozess (Karpathen-Kämpfe Jüdin und Strz 1915), die einen Fragebogen zugesandt erhalten, werden gebeten, ihre Antwort so rasch wie möglich an die Redaktion der Volksstimme, Frankfurt a. M. einzusenden.

Soziale Rundschau

Zusammenschluß der Kleingärtner
Der Zentralverband Deutscher Arbeiter- und Schrebergärtner und der Zentralverband der Kleingärtnervereine Deutschlands veranstalten am 14. August 1921 in Bremen einen allgemeinen Kleingärtnerkongress, gewissermaßen als Fortsetzung des zu Pfingsten 1921 zu Neufölln abgehaltenen ersten Kleingärtnerkongresses.

Die Tagung war von 87 Delegierten aus allen Ecken Deutschlands besetzt und zeitigte das Resultat, daß die Delegierten, die seitens des Zentralverbandes Deutscher Arbeiter- und Schrebergärtner an dieser Tagung teilnahmen, einmütig für die Vereinigung der beiden Zentralorganisationen eintraten. Die formelle Verschmelzung soll am 14. August in Bremen stattfinden; die auch in großer Anzahl anwesenden Vertreter der noch nicht zentralistisch organisierten Kleingärtner stimmten ebenfalls diesen Vorschlägen zu und so findet der für das deutsche Kleingärtnerwesen hoch bedeutsame Kleingärtnerkongress am 14. August in Bremen, Ansparatorstraße, Gomerbehans, Großer Saal, statt.

Jede Kleingärtnerorganisation Deutschlands ist zur Teilnahme eingeladen. Die Einkäufer, Geheimrat Wielefeldt, Lübeck, für den Zentralverband Deutscher Arbeiter- und Schrebergärtner, Stadtrat Grandjeu, Burg b. Magdeburg, für die noch nicht zentralistisch organisierten Vereinigungen, sowie Franz Steinweg, Berlin S. O. 18, Kleingärtnerfrage 2a, seitens des Zentralverbandes der Kleingärtnervereine Deutschlands, erteilen bereitwillig jede gewünschte Auskunft.

Bewerkschaftliches

Ein entlarvter Verleumder
Im Januar d. J. brachte die kommunistische „Hamburger Volkszeitung“ zwei Artikel, die heftige Angriffe enthielten gegen die Großhandelsfirma „Solidarität“ Deutscher Kaufleute und besonders gegen deren Geschäftsführer Robert Kmann, der als Geschäftsführer und Genossenschaftsschädiger bezeichnet wurde. In ähnlicher Weise wurde der in Jo geminer Weise angegriffene aufgefordert, Klage zu erheben, da man dann den Wahrheitsbeweis erbringen und die Zeugen feststellen aufzuarbeiten lassen werde. Kmann strengte gegen den verantwortlichen Redakteur der „Volkszeitung“ Heinrich Schwarz eine Verleumdungsklage an, die am 20. Juli vor dem Schöffengericht 8 in Hamburg zur Verhandlung kam. Der Beklagte erklärte ganz heimlich, er könne nicht sagen, ob die Beschuldigungen auf Wahrheit beruhe; er habe die beiden Artikel im guten Glauben angenommen, da sie ihm von einem glaubwürdigen Genossen übergeben worden seien. Der so pomphaft angelegte Wahrheitsbeweis mitsamt vollständig; es konnte nicht der geringste Beweis für die ungeheuerlichen Beschuldigungen erbracht werden, so daß der Vertreter des Beklagten selbst eintreten mußte, daß keine einzige der Behauptungen durch die Beweisaufnahme erwiesen sei. Der Vertreter des Klägers geteilte in scharfen Worten die Handlungsweise des Beklagten, der sich nicht geschämt habe, verleumderische Verleumdungen geradezu fabelhafte über einen ehrenwerten Mann auszusprechen. Das Gericht verurteilte den Beklagten zu einer Geldstrafe von 500 M., event. 50 Tagen Gefängnis, außerdem soll das Urteil in der „Volkszeitung“ und in dem „Kampfbogen“ veröffentlicht werden. Das Gericht stellt ausdrücklich fest, daß dem Kläger nichts Ehrenrühriges nachgewiesen sei.

Jugend und Sport

Gauwanderfahrt der Arbeiter-Madfahrer. Der Gau 22 des Arbeiter-Madfahrer-Bundes „Solidarität“ hatte am Sonntag, den 17. Juli eine diesjährige Gauwanderfahrt. Das Ziel war Forst bei Bruchsal resp. der Wald bei Forst. Circa 400 Madfahrer folgten dem Rufe der Gauleitung, selbst das weitgelegene Birmensien mal betreten. Im schattigen Walde entwickelte sich bald ein munteres Leben. Die Gauleitung hatte für das Leibesübungsprogramm gesorgt und die fröhlichen Reigen einer Madfahrerkapelle trugen dazu bei, die Stimmung zu erheben. Von früh 8 Uhr bis mittags 4 Uhr dauerte das fröhliche Lagerleben. Nach einem Madfahrgang durch Forst wurde die Fahrt aufgelöst und ein jeder Verein freiste wieder der Heimat zu, mit dem Bewußtsein, gemüthlich Stunden genossen zu haben. Es war das Ziel der Gauleitung, den Vereinen im Großen zu zeigen, wie man in Zukunft Wanderfahrten macht ohne an Wirtschaften gebunden zu sein. Möge dieses Beispiel viel Nachahmung finden.

Gerichtszeitung

Ein 17-jähriger Räuber. Vor der Strafkammer in Konstanz stand dieser Tage ein kaum 17-jähriger Räuber, der Fabrikarbeiter Rudolf S. e. n. d. n. aus Egen bei Wehingen. Er war angeklagt des schweren Raubes, des verübten schweren Raubes und des verübten schweren Diebstahls. Er ist in der Nacht vom 9. zum 10. Mai mit einer Wäsche angetan in das alleinstehende Haus des Landwirtes Kaver Vieber in Wehingen eingedrungen. Als der Besitzer des Hauses erwachte, zog der Räuber einen Neuwolter und bedrohte damit den Vieber. Dieser gab in seiner Angst 1800 M. heraus, worauf der Räuber verschwand. Später machte er einen ermittelten Raubveruch in einem anderen Haus, wobei er aber gefaßt wurde. S. e. n. d. n. wurde zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt.

war uns Kummer! Ruhig ist uns nicht unaufhörlich wiederholen, daß wir uns liebten, wenn wir nicht vor Sorge sterben wollten? Ich konnte nicht also kaum einer Minute entkommen, die Manon einem anderen als mir hätte widmen können.

Endlich glaubte ich den Schlüssel zu diesem Geheimnis gefunden zu haben. Herr v. B. sagte ich mir, ist Geschäftsmann und hat als solcher weitverzweigte Verbindungen; Manons Verwandte werden sich einer Vermittlung bedient haben, um ihr Geld zu stellen zu lassen. Vielleicht empfing sie schon früher etwas von ihm — und heute brachte er ihr wieder Geld. Wahrscheinlich macht sie sich einen Scherz daraus, mir alles geheim zu halten, um mich dann angenehm überraschen zu können. Vielleicht hätte sie gleich davon gesprochen, wäre ich zur gewöhnlichen Zeit zurückgekommen — und bei meinem ersten Wort wird sie mir auch jetzt alles erzählen.

In diese Meinung verrieterte ich mich so sehr, daß sie meine Trauerzeit einigermaßen verdrängte. Ich kletterte sofort nach Hause zurück und umarmte Manon mit der alten Püchlichkeit. Sie empfing mich sehr lebenswürdig. Anfangs fühlte ich mich verächtlich, nichtgütig; doch besang mich, in der Hoffnung, sie selbst würde mir von dem, was sich in meiner Abwesenheit begab, Mitteilung zu machen.

Man brachte unser Souper. Ich setzte mich mit sehr heiterer Miene zu Tisch; aber bei dem Lichte der zwischen uns stehenden Lampe glaubte ich Betrübnis in ihren Zügen zu entdecken. Dieser Gedanke erweckte auch meine Trauer. Ich bemerkte, daß ihr Blick mit anderem Ausdruck auf mir ruhte als sonst. Ich konnte nicht entscheiden, ob es Liebe oder Mitleid war, obwohl ich es für ein sanftes, wehmütiges Gefühl hielt. Auch ich sah Manon aufmerksam an, und vielleicht bemerkte ich ihr nicht weniger Mitleid, den Zustand meines Herzens nach meinen Blicken zu beurteilen. Wir vergaßen das Klauen und das Essen. Endlich sah ich Tränen aus ihren Augen fließen — Judasstränen!

Mein Gott! rief ich aus, du weinst, Manon! Du bist nicht zu Tränen betrübt, und sagst mir kein Wort von demem Kummer?

Sie antwortete nur mit einigen Seufzern, die meine Besorgnisse noch erhöhten. Bitter stand ich auf und beschwor sie bei meiner Liebe, mir die Ursache ihrer Tränen zu offenbaren, und vergoß selbst mehrere, als ich die ihrigen fließen sah. Ja — ich war mehr tot als lebendig. Der Ausdruck meines Schmerzes, meiner Angst hätte einen Barbaren rühren müssen!

(Fortsetzung folgt.)

Neuzeitliche Vorzüge der Annahme und äußere dienen, in dem Anmons hat die Partei Land und trauenstout zu zwingen, nationalität, Marschbefehl schließen ergo fortanths, heftigen Anmahms die, unauflöslich, democh bezog der Deutsch die, Waterloo Georges be, Jene, d, sogar ihr g, hätt, um f, hat. Wenn ition stehen edennut in diesen 3, Ueber d, fanische W, Grab“, de, Annahme George ge, schen Volks geteilt, das matum aus, Welle dabu, zeit sein.

In sein es Graf S, die sich au, begogen ha, itrengungen durchzuführen.

Die en Memorandu, darin heißt, Recht der A, trakt, um legen, den

Zum, Auch in die Partei, Dies war nachmittags des Landta, Grund- und Steuerwerte wiesen der, wiesen der, beim Grund, führung her, des Postus, zum eigene, nals bestim, genden Erg, landwirtschaft, betrieb befr, das Saalge, wandte sich, zum Teil, Thema: L, und heiz n, besorglich, Bericht, der, Aufhebung, nicht. Die, anstaltpreis, pro Zentner, Beamte und, Zeuerungen.

Auch d, der Antrag, trum selbst, tung ein m, landwirtschaft, herrschender, der Landwi, — Auch d, seiner Part, aber bestim, gung erzielt, a t e n e, triebvermö, gelagt ist, landwirtschaft, man die 2, 75 000 M, reich vollg, die Gtauft, triebvermö, 40 000 M, beim Land, durchzuführen, mokraten je, ans immer, auf die Tr, traten befr, Zentralsan, Parteien an, triebvermö, nommen w, Einträge w, nenen Ant,

Die deutsche Volkspartei und das Ultimatum Strefemann und Lloyd George

„Newport Herald“ veröffentlichte am 18. Juli einige interessante Vorgänge aus der Zeit der letzten großen Krise, kurz vor der Annahme des Ultimatum. Diese Akten sind für die innere und äußere Politik Deutschlands so wichtig, daß sie es verdienen, in allen Kreisen bekannt zu werden.

Der auswärtige Politik der Regierung Treubach-Simons hatte fast ein ganzes Jahr der Stern der Deutschen Volkspartei geleuchtet. Er war ein Jüngling, der zum Bruch in London und zur Katastrophe führte. Es bedurfte keines Nichterwartens des Reichstags, um das Kabinett zum Rücktritt zu zwingen. Es starb an seiner eigenen Unsicherheit und an nationalpolitischen Kräfte. Inzwischen wartete Foch auf den Marschbefehl zur Besetzung des Ruhrgebiets, und wie es Oberstleuten ergangen wäre, zeigt der soeben mitlungene Aufstand vorant. In jener Stunde der Verzweiflung waren es die heutigen Koalitionsparteien, die durch die Annahme des Ultimatum die Lage retteten und heute sind sie es, die die Suppe auslöffeln, die von den Alldeutschen eingebracht worden ist. Und dennoch bezieht keine Verammlung der Deutschnationalen oder der Deutschen Volkspartei, ohne die üblichen Schimpfereien über die „Wasserlandsverräter“, die die Geschäfte Briand oder Lloyd Georges besorgen.

Jene, die heute so tapfer schmähen, haben vergessen, daß sogar ihr großer Bruder Strefemann beinahe dasselbe getan hätte, um sich an die Stelle zu schwingen, die jetzt Birtz inne hat. Wenn heute Strefemann und seine Männer in der Opposition stehen, verdanken sie es nicht ihrer Ueberzeugung und dem Bedenken gegenüber der Entente, sondern der Post, die ja in diesen Zeiten mehr als einmal einen Tag zu spät eintrifft. Ueber diese Tatsache berichtet uns zweifelsfrei das amerikanische Blatt. Eine Indiscretion ermöglicht dem „Newport Herald“, den Briefwechsel zu veröffentlichen, der kurz vor der Annahme des Ultimatum zwischen Strefemann und Lloyd George gepflogen wurde. Zunächst hatte der Führer der Deutschen Volkspartei den Berliner Vertretern der Entente mitgeteilt, daß er gewillt sei, ein Kabinett zu bilden und das Ultimatum anzunehmen, wenn die Allierten für die dem deutschen Volk dadurch aufzugehenden Opfer zu Gegenleistungen bereit seien.

In seiner Antwort an den italienischen Vorkämpfer lehnte es Graf Sforza ab, auf Strefemanns Bedingungen einzugehen, die sich auf die Sanktionen im Rheinland und auf Oberstleuten bezogen hatten. Dagegen machte Lord Balfour alle Anstrengungen, die volksparteilichen Forderungen bei Lloyd George durchzusetzen.

Die englische Stellungnahme ist dann in einem schriftlichen Memorandum durch den englischen Premierminister erfolgt. Darin heißt es u. a.: daß das in dem Ultimatum ausgesprochene Recht der Allierten auf Anforderung von Material und Arbeitskraft, um irgend eine der alliierten Mächte in den Stand zu setzen, den Wiederaufbau oder die Entwicklung ihres industriellen oder wirtschaftlichen Lebens zu fördern, nicht Fabrikate bedeuten solle, die bereits in Deutschland hergestellt worden seien, sondern nur das Recht, an Deutschland Aufträge für die Herstellung und Ablieferung zu geben, deren Gegenwart Deutschland gutgeschrieben werden solle. Weiterhin erklärte die englische Regierung, es sei nicht ihre Absicht, beim Zollzuschlag auf deutsche Waren den Satz von 26 Prozent irgendwie zu überschreiten und daß sie eine weitergehende Gefährdung zurücknehmen würde.

Es folgt nun dieses Frage- und Antwortspiel:
Frage 2: Wird die Annahme des Ultimatum die Aufhebung der Sanktionen, die im vorigen März nach der Londoner Konferenz eingeführt wurden, nach sich ziehen?
Antwort: Die am 8. März eingeführten Sanktionen, besonders jene, die die Besetzung Düsseldorf, Duisburg und Mülheim und die Errichtung einer rheinischen Polzeigrenze enthielten, sollten nach der Meinung der Regierung S. M. im Falle einer Annahme des Ultimatum aufgehoben werden. Die diesbezügliche Meinung der Regierung S. M. wird der französischen Regierung mitgeteilt.

Frage 3: Kann die Regierung Seiner Majestät eine Versicherung geben, daß sie keine Lösung der oberstleuten Frage zulassen wird, die anders ist als jene, die sich auf den bereits von den britischen Vertretern der Plebiszitkommission aufgestellten Bericht begründet?
Antwort: Die deutsche Regierung kann sich auf den Wunsch der Regierung S. M. verlassen, die wichtigsten deutschen Interessen, die hier bestehen, zu berücksichtigen, und obgleich es nicht ohne vorherige Besprechungen mit den Alliierten Großbritannien möglich ist, die Versicherung in dem verlangten Sinn zu geben, so mag die deutsche Regierung die Versicherung haben, daß die Regierung S. M. zugunsten einer gerechten Lösung auf Grund einer strengen und parteilosen Ausführung des Verfallens Vertrags einen Druck ausüben wird.

Die Antwort von Lloyd George ist zu spät gekommen. Als sie eintraf, war die Entscheidung bereits gefallen. Die Deutsche Volkspartei hatte sich gegen das Ultimatum entschieden. Daß sie jedoch nach den englischen Zusicherungen bereit gewesen wäre, anzunehmen und die Regierung zu bilden, daran ist wohl kaum zu zweifeln. Inzwischen sind die englischen Abstände von 50 Prozent auf 26 Prozent herabgesetzt worden, die oberstleuten Frage ist noch nicht entschieden und die Stellung Englands zu den Sanktionen beweist, daß der englische Standpunkt dem französischen widerspricht und auch hier noch nicht das letzte Wort gesprochen ist. Auf alle Fälle: eine Partei, die unter gewissen Voraussetzungen das Ultimatum annehmen wollte, hat niemals das Recht, eine Regierung anzuzweifeln, die das Ultimatum annahm, weil sie als Folge der Ablehnung eine katastrophale Verschlechterung der Lage Deutschlands richtig vorausah.

Es war in der 118. öffentlichen Sitzung der Zweiten Kammer des Badischen Landtags vom Dienstag, 1. Juli 1920, als gelegentlich eines Beschlusses über eine Privatbahn auch das Verhältnis von Privatbetrieb und Staatsbetrieb bei den Eisenbahnen erörtert wurde und darüber hinaus Streiflichter auf die Entwicklung der Sozialdemokratie geworfen wurden. Da meinte nun der damalige badische Staatsminister von Brauer:

„Nun möchte ich aber noch darauf aufmerksam machen, daß in 25 Jahren die Verhältnisse sich in der Tat sehr geändert haben können. Möglicherweise ist bis dahin der sozialistische Gedanke soweit durchgedrungen — der Herr Abg. Dreßbach gibt das zu als sehr möglich —, daß eine zukünftige Regierung und ein zukünftiger Landtag sagen: wir wollen absolut im ganzen Lande nirgends eine Privatbahn haben.“

Herr v. Brauer hat mit dieser Äußerung das Richtige ziemlich getroffen, wenn auch äußere Umstände heute die reiflose Durchführung dieses allgemeinen Wunsches hemmen. Da jedoch der damalige sozialdemokratische Abg. Eichhorn, der sich in Preußen mittlerweile zu den Kommunisten entwickelt hat, aus der Äußerung des Ministers Schlüsse zog auf eine alsbaldige Herrschaft der Sozialdemokratie, hielt es Staatsminister v. Brauer für ratsam, — was wäre sonst auch aus der Erzählung, die gleichzeitig Minister des großherzoglich. Hofes war, geworden? —, seine Ausführungen schärfer präzisierend, zu erklären:

„Ich wollte nur eine kurze Bemerkung machen, daß ich keineswegs vorhin behauptet habe, in 25 Jahren könne möglicherweise die Sozialdemokratie zur Herrschaft gelangt sein, das habe ich nicht behauptet und halte ich für gänzlich ausgeschlossen und unmöglich. Dagegen habe ich gesagt, daß eine gesunde sozialistische Idee möglicherweise dahin zu bringen könnte, daß eine spätere Regierung und eine spätere Kammer es für nützlich erachten könnte, unter geänderten Verhältnissen alle Privatbahnen für den Staat zu erwerben, nicht für den sozialdemokratischen Staat, sondern für den bestehenden Staat, so wie er vorhanden ist.“

Wenn auch Herr v. Brauer nicht ganz zutreffend prognostizierte, da wir zwar nicht den sozialdemokratischen Staat, aber auch nicht heute den damals bestehenden monarchischen Staat haben, so dürften seine damaligen Zukunftsperspektiven doch heute von Interesse sein.

Beilegung der Eltern an den Aufgaben der Höheren Schulen. Von einem Elternrat ist die Forderung erhoben worden, vor der Erlassung organisatorischer oder sonst wichtiger allgemeiner Maßnahmen durch die Unterrichtsverwaltung jeweils gehört zu werden. In einer Bekanntmachung des Unterrichtsministeriums wird dazu mitgeteilt: Zweck der Einrichtung von Elternräten war, ein verständnisvolles Zusammenarbeiten von Eltern und Lehrern der Schüler für die einzelne Anstalt innerhalb der für die Einrichtung und Betrieb der Anstalt von der Unterrichtsverwaltung festgestellten allgemeinen Normen herbeizuführen. Dabei ist nicht ausgeschlossen, daß die Eltern auch in Bezug auf Einrichtung und Betrieb der Anstalt Wünsche äußern, die in ihren Wirkungen über den Rahmen der einzelnen Anstalt hinausgehen, wie andererseits auch die Unterrichtsverwaltung die Möglichkeit haben muß, über Fragen allgemeiner Art von sich aus die Elternräte zu hören. Die Entscheidung darüber, ob nach den Verhältnissen ein Bedürfnis zu einer solchen Anhörung vorliegt, muß sich die Unterrichtsverwaltung vorbehalten.

Gemeindepolitik

Schöne Rathauswirtschaft

r. Teufelneureut, 24. Juli. Freitag, 22. Juli, fand hier eine Bürgerauskunftung statt. Auf der Tagesordnung standen 4 Punkte. Der 1. Punkt betraf die Gewährung von Bandarlehen. Bewilligt 68 000 M., und zwar 51 000 M. vom Staat und 17 000 M. von der Gemeinde. Diese Summe soll für Bandarlehen 20 Jahre unterzinslich zur Verfügung gestellt werden. In der Diskussion wurde von unserer Seite angefragt, ob die Bandlostenzuschüsse schon ausbezahlt seien. Der Bürgermeister erklärte, zum Teil sei der Betrag ausbezahlt. Dem Bürgermeister wurde hierauf erwidert, daß der Bandlostenzuschuß nur zur Änderung der Wohnungsnutz, nicht aber zu anderen Zwecken verwendet werden dürfe, wie das bereits gefahren sein soll. Die Vorlage wurde sodann einstimmig angenommen. Der 2. Punkt betraf Erhöhung des elektrischen Strompreises. Wir haben bereits in einem Artikel am 9. Juli darauf hingewiesen, daß in der Lichtverjorgung große Unregelmäßigkeiten vorgekommen sein sollen. Diese Vermutung hat sich nun leider bestätigt. Im April bekam die Gemeinde einen neuen Lichtmeister, der den Dingen auf die Spur kam. Auf Drängen unserer Gemeinderäte wurde ein Ingenieur zugezogen, der feststellte, daß Unregelmäßigkeiten von rund 22 000 M. vorgekommen sind. Bei einem durchschnittlichen Röhlenbesitzer sind Unterhaltungen in Höhe von rund 14 000 M. festgestellt worden; bei einem anderen Betrieb 3000 M. und bei der Privatverjorgung rund 5000 M. Auch wurden Bücher verbrannt. In der Debatte über diesen Punkt wurde von unserer Seite angefragt, was der Bürgermeister bezug. Gemeinderat zu tun gedenke. Der Bürgermeister gab die Erklärung ab, daß er für den Schaden, der ihm vorgekommen sei, aufzukommen habe und 5000 M. bereits bezahlt seien. 5000 M., die er von der Privatverjorgung zu wenig eingezogen haben will — was man aber nicht mehr feststellen kann, da die Bücher verbrannt sind — sollen nachgehoben werden. Mit dieser Erklärung konnte sich unsere Fraktion nicht zufrieden geben. Sie verlangte deshalb, daß der Bürgermeister im Namen des Gemeinderats eine Erklärung abgeben solle, dahingehend, daß der Betreffende innerhalb 8 Tagen den ganzen Schaden, auch den der Privatbetriebe, sowie sämtliche daraus entstandenen zu bezahlen hat. Andernfalls könne die sozialdemokratische Fraktion dem Punkt nicht zustimmen. Nur zögernd gab der Bürgermeister die verlangte Erklärung ab. Da unsere Genossen aber zur Erledigung der Angelegenheit kein Vertrauen haben, erklärten die Fraktion, daß sie die Sitzung verlassen werde und nicht eher wieder sich einfinden würde, bis die Sache geregelt ist. Die Versammlung wurde darauf beschlußunfähig, die 2 weiteren Punkte konnten nicht erledigt werden. Da in der Lichtverjorgung 22 000 M. in der Lebensmittelverjorgung 30 000 M. fehlen — auch in der Gemeindefalle soll es nicht stimmen —, hat die Gemeinde ein selbstverschuldetes Laß von 60—70 000 M. Angesichts dieser trostlosen Lage möchten wir das Bezirksamt darauf hinweisen, einmal nach dem Rechten zu sehen. Denn so kann die Sache nicht weiter gehen, zumal verantwortliche Personen mitbeteiligt sein sollen.

Freiburg, 23. Juli. Die finanzielle Lage der Stadt ist, wie die der Gemeindeverwaltungen überhaupt, sehr ernst. Das ging aus den Freitagberatungen des Bürgerausschusses hervor, der drei Stunden lang die Vorlage über die Erhebung einer Nachtragsumlage für 1921 in Höhe von 60 Pf. von 100 M. Steuerwert des Liegenschafts, und des Betriebsvermögens erörterte, ferner die Erhebung desselben Satzes auf die vorläufige Umlage für 1921 und die Erhöhung der Kanal- und Müllgebühr. Die Vorlage soll der Dedung des Schuldenpostens von 3,6 Mill. März im städtischen Haushalt 1920 dienen. Wie sich der Gemeindehaushalt in diesem Jahre gestalten wird, läßt sich

Badische Politik

Zimmer wieder die Besteuerung des Viehes

Auch in den Parlamenten der Länder prallen mitunter die Partei- und Klassengegenstände aufs heftigste aufeinander. Dies war der Fall in den am vorigen Freitag vormittag und nachmittag stattgefundenen Sitzungen des Haushaltsausschusses des Landtages. Es stand die Durchsicht der Berichte über das Grund- und Gewerbesteuergesetz (Ertragssteuergesetz) und das Steuererteilungsgesetz zur Erledigung, an welchen beiden Entwürfen der Haushaltsausschuß beinahe drei Wochen gearbeitet hat. Das Zentrum wollte nun für die Landwirtschaft beim Grund- und Gewerbesteuergesetz nochmals eine Vergünstigung herausbringen und brachte zum § 87 als Ergänzung des Passus, daß zum landwirtschaftlichen Betriebsvermögen die zum eigenen Lebensbedarf der Familie und des Dienstpersonals bestimmten Vorräte an Lebensmitteln nicht zählen, folgenden Ergänzungsantrag ein: „... Ebenso gelten nicht als landwirtschaftliches Betriebsvermögen die für den Wirtschaftsbetrieb bestimmten Futtermittel, Streu- und Düngemittel, sowie das Saatgut bis zum Gesamtwert von 30 000 M.“ Dagegen wandte sich nun mit aller Schärfe die Sozialdemokratie, und zum Teil auch die Demokratie. Es stand das oft erörterte Thema: Landwirtschaft oder Industrie wieder zur Diskussion und heißt war der Kampf. Unsere Vertreter beriefen auf die bevorstehende Brotpreiserhöhung einerseits und auf den Vorwurf, den andererseits die Landwirtschaft durch die teilweise Aufhebung der Zwangswirtschaft für Getreide jetzt für sich ausnutzt. Die Getreidepreise nähern sich immer mehr dem Weltmarktpreis; für Weizen werden bereits ein Betrag von 400 M. pro Zentner bezahlt. Wie ständen gegenüber der Landwirtschaft Beamte und Arbeiter da, noch dazu im Hinblick auf die neue Steuerungsstelle, mit der wir zu rechnen haben.

Auch der Finanzminister ließ durchblicken, daß ihm der Antrag des Zentrums nicht sympatisch sei. — Das Zentrum selbst erklärte, 30 000 M. sei bei der heutigen Geldentwertung ein minimaler Betrag; dieses Zugeständnis sollte man der Landwirtschaft machen. Im übrigen gestalte sich wegen der herrschenden Hitze und der dadurch bedingten Futtermittel-Lage der Landwirtschaft in den nächsten Monaten keineswegs glänzend. — Auch der deutschnationale Vertreter stellt die Zustimmung seiner Partei für den Zentrumsantrag in Aussicht, enthält sich aber persönlich der Stimme.

Gleichwohl, es wurde weder ein Beschluß, noch eine Einigung erzielt. Da dieselbe nun als Ausweg auf die sogenannte Freigrenze für das gewerbliche und das landwirtschaftliche Betriebsvermögen, wie sie im § 49 des Ertragssteuergesetzes festgelegt ist. Sie soll betragen für das gewerbliche Betriebsvermögen auf 75 000 M. hinauf; auf diesem Gebiete war die Uebereinstimmung noch vollzogen. Dagegen fehlte der Kampf ein, als es sich um die Aufhebung der Freigrenze für das landwirtschaftliche Betriebsvermögen handelte. Das Zentrum stellte den Antrag auf 40 000 M. Wiederum wandte sich unsere Partei: schärft dagegen. Beim Landwirt sei an sich die Steuerentlastung nie so genau durchzuführen, wie beim Beamten und Arbeiter. Wir Sozialdemokraten seien gewiß keine Feinde der Landwirtschaft, wie man uns immer unterstelle, aber die Steuerlasten müßten unbedingt auf die tragfähigen Schultern gelegt werden. Auch die Demokraten behielten sich zum großen Teile abweisend zum Zentrumsantrag. Endlich kam ein gemeinsamer Antrag aller Parteien auf Festlegung der Freigrenze für landwirtschaftliches Betriebsvermögen zustande, der auch später einstimmig angenommen wurde. Er setzt dieses auf 35 000 M. fest. Die anderen Anträge waren damit erledigt. Die Konsequenz des angenommenen Antrages war natürlich eine Erhöhung der Sätze für die

Depression bei der Ermäßigung. Es betragen jetzt beim gewerblichen Vermögen 20 000, 25 000, 35 000 und 40 000 M., beim landwirtschaftlichen 40 000, 50 000, 60 000, 70 000 und 80 000 M. Nach diesem Kampfe war die Hauptarbeit geleistet; gleichwohl sah der Haushaltsausschuß bis 10 Uhr abends beinahe noch reaktionelle und andere kurze Änderungen vorzunehmen und dadurch die beiden Steuerentwürfe verhandlungsbereit für das Plenum zu machen, was dann auch gelang ist.

Die Parteipolitik der Deutschliberalen Volkspartei

Ran schreibt uns: In einem Gesuch an den Landtag bittet der geschäftsführende Ausschuß der Deutschliberalen Volkspartei Rades zusammen mit den Landtagswahlen auch Wahlen für Bürgerausschüsse, Gemeinderäte, Kreisoberamtsämter und Bezirksräte aufzuschreiben, was in der Hauptsache damit begründet wird, daß die Liberale Volkspartei in diesen Körperschaften zu gleich vertreten sei. Ich will es mir in diesem Zusammenhang verlauben, auf den parteipolitischen Egoismus hinzuweisen, der aus dieser einseitigen Parteiforderung, diese Körperschaften ein Jahr früher als normalerweise bedingt, zu verlangen, spricht. Dagegen halte ich es für notwendig prinzipiell zu dieser Frage Stellung zu nehmen.

In diesem Sinne möchte ich nun zunächst auf den Umstand hinweisen, daß durch die Gewöhnung des deutschen Volkes an häufige Vornahme von Wahlen in hohem Maße ermöglicht wird, unser unpolitisches Volk politisch zu interessieren — die Voraussetzung unserer Aufwärtsentwicklung. Die Schweiz lehrt uns, daß es in der Demokratie notwendig ist, daß das Volk ständig in Kontakt mit den Abstimmungsorganen bleibt. So groß nun die politische Klugheit dergestalt ist, so müssen auch wir das Volk zu dieser politischen Interessiertheit erziehen, wenn wir nicht zugrunde gehen wollen. Es kommt jedoch noch ein weiteres wichtiges Moment hinzu: Durch die Einführung des Verhältniswahlrechts sind die zwischenzeitlichen Wahlen (Nachwahlen) in Wegfall gekommen. Wir haben daher jetzt nur noch sehr lange Zwischenräume bei den allgemeinen Reichs- und Landtagswahlen Gelegenheit, die Volkstimmung genau kennen zu lernen. Es ist jedoch eine große Gefahr, wenn ein Staatswesen lange Zeit ohne einigermaßen genaue Kenntnis der Volkstimmung ist. Aus diesem Grunde sind gerade die in der Pause der großen politischen Wahlen fallenden Körperschaftswahlen äußerst wertvoll als Gradmesser der Volkstimmung. Ich halte dieses Moment allein für schwerwiegend genug, ein Zusammenfallen von Landtags- und Körperschaftswahlen als völlig ungeeignet zu bezeichnen. Ja, ich würde es sogar für sehr bedenklich bezeichnen, wenn durch Annahme des volksparteilichen Wunsches die Regierung außerstande gesetzt wird, sich während der vierjährigen Landtagsession über die Volkstimmung, erst — und dies ist allein durch die Wahlen möglich — zu unterrichten.

Im Wandel der Zeiten

gr. Die Ironie der Weltgeschichte will es gar oft, daß bald irgend eine, manchmal gedankenlose, Äußerung über Entwicklungsmöglichkeiten sich späterhin bewahrheitet und bald wieder versucht sie die Begrenztheit aller irdischen Erkenntnis nachzuweisen, indem sie gerade das zur Wirklichkeit macht, was normalerweise unmöglich dünkt. Die Entwicklung des Deutschen Reiches in den letzten Jahrzehnten gibt mannigfache Gelegenheiten, dies nachzuprüfen und wertvolle Feststellungen hieraus zu machen. Wir sind nun durch eine zufällige Ausgrabung in der Lage, einen interessanten Beitrag dazu zu liefern, wie sich Respektive und Wirklichkeit unter dem Gesichtswinkel eines Zeitraumes von 20 Jahren verhalten.

heute noch nicht sagen. Man muß aber mit einem Gehalt von 14 Mill. Mark rechnen, der zur Hälfte wahrscheinlich aus den Ueberweisungen des Reiches aus der Einkommens- und Vermögenssteuer wird gedeckt werden können. Der städtische Antrag über die Minderhebung der Umlage wurde schließlich mit 56 gegen 21 Stimmen angenommen.

Aus der Stadt

• Karlsruhe, 26. Juli.

Geschichtskalender

26. Juli. 1866 Prälminartriede zwischen Preußen und Oesterreich zu Nikolsburg. — 1914 Blutige Straßenkämpfe in Dublin (Homefrage). — 1918 Großer Munitionsarbeiterstreik in England.

Karlsruher Parteinachrichten

Morgen abend Parteiverammlung!

Ueber „Steuerfragen“ wird in der morgen abend 1/8 Uhr im Konzerthaus (oberer Saal) stattfindenden Parteiverammlung Gen. Niedmiller aus Freiburg sprechen. Dieses wichtige Thema verdient einen zahlreichen Besuch seitens unserer Parteimitglieder. Also, auf in die Versammlung!

Kinderschuttkommission. Sämtliche Genosseninnen, die bereit sind, an den diesjährigen Ferienpausierungen mitzuwirken, werden gebeten, heute abend 8 Uhr im „Auerhahn“ zu einer wichtigen Besprechung zu erscheinen. Auch die Genossinnen von den Vororten möchten erscheinen.

Verein Arbeiter-Jugend und Musikabteilung der Naturfreunde. Heute abend 8 Uhr im Singaal der Hebelstraße Probe der Musikabteilungen. Das Erscheinen aller Mitglieder ist dringend notwendig.

Surraschreier

Es war 1914. Der entsetzlichste aller Kriege stand vor der Tür. Alle wirklichen Vaterlandsfreunde arbeiteten Tag und Nacht, um das drohende Unheil eines Weltkrieges von der Menschheit fernzuhalten.

Sozialdemokraten, soweit sie in führenden Stellungen waren, standen an der Spitze der Friedensfreunde und versuchten noch in letzter Stunde in Frankreich selbst die Lage zu entspannen.

Die Surraschreier deutschnationaler Färbung aber sahen Tag und Nacht unter dem Gebrüll des „Deutschland, Deutschland über alles“-Liedes durch die Straßen der Großstädte und hetzten zum Krieg.

Nicht anders sah es in den übrigen Staaten aus. Die von „Weiß und Blau“ angeführten Hetzereien während der Arbeiterkämpfe aller Länder bemüht war, das namenlose Unheil von der Menschheit fernzuhalten und der Welt den Frieden zu sichern.

Die Kriegsheker liegten. Das grauenvolle Morde begann und nahm den unheiligen Verlauf, den es nach urchen Erntefest nehmen mußte.

Gar mancher deutschnationaler Surraschreier, der vor dem Kriege nicht laut genug für den Krieg schreien konnte, machte sich, als das eiserne Würfelspiel draußen in den Schützengräben der ganzen Welt seinen grausigen Verlauf nahm.

Einer von den Mauthäusern dieser Sorte wurde in der letzten Sitzung der Hamburger Bürgererschaft vom dem

Karlsruher Kunstausstellungen

Badische Kunsthalle

Theodor Boehl-Gedächtnisausstellung. Die Werke des verstorbenen Prof. Th. Boehl sind von seltener Reife und künstlerischer Rundung. Mit einer großen Anzahl von Selbstbildnissen kleineren Formats — meistens Porträts — verleiht er uns in die friedliche Stimmung des ausgehenden 19. Jahrhunderts. Seelische Stimmung und plastische Wirkungen werden mit unaufdringlichen Mitteln erreicht. Ueber seinen Mädchensköpfen liegt ein ungemein feiner, gleichmäßiger sinnlicher wie geistlicher Reiz. In größeren, kompositionell bedeutenderen Werken ist Einfluß der Moderne spürbar — Evolution, Unruhe — sicherlich getreues Spiegelbild innerer Kämpfe des Künstlers. Die Farbe tritt hier nicht mehr nur als absolute Dienerin zur Erreichung geistlicher Stimmung und vergeistigten Ausdruckes der Form auf, sondern sie ist auf dem Wege zum Problem in sich selbst zu werden. Von besonders feinem Reiz sind die Bleistiftzeichnungen. Frei von jeglicher geistlichen Art der Erziehung, in größter Einfachheit und Prägnanz nur das Wesentliche herausarbeitend. Der Besucher gewinnt von Boehls Werken Eindruck reiner Harmonie, welche von außen her noch verstärkt wird durch die sachliche und sympathische Aufmachung der ganzen Ausstellung. Auf die zu gleicher Zeit ausgetellten Meisterwerke Wislizenus kommen wir in einer besonderen Besprechung zurück.

Kunsthaus Sebald

Nachlassausstellung Wilhelm Holz (München). Das Werk des Malers und Kellerschülers Prof. W. Holz ist z. B. bei Sebald bis Mitte August zu sehen. In diesem ist die Art seiner Lehrer fast zu spüren. „Anderer“, „Geliebte Cecilia“ (Leihgabe der Bad. Kunsthalle) u. a. halten sich auf dem Gebiete der Historienmalerei. Das Thema „St. Cecilia“ hat den auch musikalisch schöpferischen Künstler oft beschäftigt. Ueber der „Nonne“ in weiß, bei welcher das Freilicht malerisch außerordentlich differenziert gegeben ist, finden wir ein kleineres Bild desselben Themas das durch seine großangelegte glückliche Komposition sehr besticht. Neben diesem wäre noch manches kleine, durch geschmackvolle und gepflegte Farbgebung wertvolle Stück zu nennen. Fast allzureich wird die Ausstellung von kunstgewerblichen Erzeugnissen des Hauses Sebald umrandet. Hier sind vor allem die von H. Braun entworfenen Keramiken zu erwähnen. Kellern, Schalen, Vasen etc., welche mit Schönheit der Form auch die Fähigkeit zu praktischer Verwendung verbinden.

Galerie Moos

Sonderausstellung H. v. Gayer-München. Die meisten Arbeiten Prof. Gayers tragen starke balladistische Stimmungswerte in sich. Sei es eine Reiterpatrouille frühmorgens im Walde, ein Baum auf einsamer Höhe oder die von Schwermut umhängten dürftigen Gebäude eines französischen Bauernhofes am Abend — immer lebt irgendwo ein Geistesleben. In der Farbe wird durch ziemlich reichliche Verwendung von Blau ein Zug von Unruhe unterföhrt, welcher den Gesamteindruck beeinträchtigt. So sind „Herde beim Heimweg“ oder „In den belgischen Dünen“, die Grenze gesteigerter Farbintensität überschreitend, fast bunt zu nennen. In anderen Arbeiten, wie „Eigenlager“ oder „Lagerstätten“ erreicht er durch leichte, auerordentlich anmutende Farbgebung schöne Wirkungen. Als kleines Kabinettstück ist „Herde im Schnee“ anzupreisen. Charakteristischer tritt uns Gayer in seinen Zeichnungen aus dem Felde entgegen. Hier gibt er mit sicherer Hand hingeworfene Skizzen, manchmal zu sehr von der Freude an sprudelndem Strich geführt.

Demokraten Will wie folgt abfontenheit: „Ich kenne einen deutschnationalen Oberlehrer, der bei Ausbruch des Krieges rekrutiert wurde wegen zu schwachen Herzens. Dieser Oberlehrer hat einen Sohn, den er bei Blohm u. Voß in die Lehre gab und der nicht zum Seeresdienst herangezogen wurde.“

Das sind sie, die deutschnationalen Surraschreier und Maulhelden. Es laufen noch viele solche Kibberhoffs im Lande herum. Die Sozialdemokraten braucht man denen vom Schlaag Kibberhoffs gegenüber kaum in Schutz zu nehmen.

Kein Geringerer als Herr v. Bethmann Hollweg war es, der während des Krieges mehr als einmal im Reichstage erklärte, „daß Deutschlands ärmster Sohn auch sein getreuester war.“

So während des Krieges. Das Kriegsende und mit ihm der furchtbare Zusammenbruch kam.

Die deutschnationalen Surraschreier verschwanden spurlos von der Bildfläche und überließen es den Sozialdemokraten, wieder Ordnung in das fürchterliche Chaos zu bringen. Unter unglücklichen Mühen und tausend persönlichen Gefahren ist dies nun gelungen. Nun gilt es, durch Zahlung von Steuern und Abgaben das neue Deutschland zu erhalten. Und wieder sind es die deutschnationalen Surraschreier zumeist, die sich von der Pflicht, den Staat zu erhalten, brüden.

Und wieder ist es ein Reichsfinanzler, der Deutschland amnestiert. Sobn bekämpfte, daß er zum zweitenmale das Reichsland gerettet habe. Reichsfinanzler Dr. Wittlage am 19. Juni in Essen: „Es ist die größte patriotische Tat seit Kriegsende, daß die Lohn- und Gehaltsempfänger einen Teil ihres Lohnes durch den Steuerabzug dem Vaterlande zur Verfügung stellen.“ 45 Milliarden hat das Reich im letzten Jahre eingenommen. Den größten Teil davon zahlten die Vermitteln, die Lohn- und Gehaltsempfänger.

Traktieren aber stellen sich die doppelten Dickschäpfer hin und sprechen den Arbeitern und Sozialdemokraten das deutsche Gewissen ab. — Surraschreier!

Aus Deutschlands Kriegsschwindelzeit

In der „Leipziger Volkszeitung“ stand dieser Tage folgendes: Ein Mautherbst aus der Kriegsschwindelzeit

Der bekannte deutschnationaler Herr Graf Reventlow schrieb dieser Tage, daß die Franzosen gejubelt hätten, als Fliegerbomben in Scharen spielender Kinder gefallen seien. Dazu bemerkt die Welt am Montag, daß, während der Horn und die Empörung über den französischen Fliegerangriff auf das Kinderfest in Karlsruhe in der deutschen Presse hohe Wellen schlug, der Vertreter der Obersten Heeresleitung in der Berliner Pressekonferenz streng vertraulich mitteilte, daß der Karlsruher Kinderfestplatz das Terrain eines früheren Aufmarschbahnhofs gewesen sei. In aller Stille habe man dort den Bahnhof verlegt in der Annahme, daß der Feind ihn wohl auf seinen Karten habe. Hiernach war also den französischen Fliegern zugubilligen, daß sie aus der großen Höhe, von der aus sie ihre Bomben warfen, das Kindergewimmel für einen Truppentransport gehalten haben konnten. Versteht sich, durfte dieser Umstand nicht werden.

Und die gewissenlosen oder groß fabelhaften Menschen, die den Platz des ehemaligen Aufmarschbahnhofs zum Kinderfestplatz nahmen, sind frei ausgegangen!

Das deutsche Vaterland muß doch wirklich ein großes Land sein, sonst könnte es nicht möglich sein, daß innerhalb seiner eigenen Grenzen solch groteske Schwindelgeschichten kolportiert und trotz Telegraph und Telefon auch geglaubt werden können. Es sei ja auch nebenbei nur auf das kürzlich „in die Luft geflogene französische Munitionslager in Hardwood hingewiesen. Es ist gleichgültig, wer nun schwindelt oder geschwindelt hat, die „Welt am Montag“ oder der Vertreter der Obersten Heeresleitung! Wir stellen nur fest, daß sich am Platze, auf den die Bomben fielen, noch nie ein Aufmarschbahnhof befand, daß der neu ebaute Bahnhof zur Zeit des Ueberfalles schon nahezu 3 Jahre im Betrieb war, was den Franzosen sicher bekannt war, ihre Angriffe darauf bezogen das ja auch, und daß auch kein Kinderfest stattfand, sondern eine Tier Schau, die tagelang vorher in den Zeitungen angekündigt war.

Wit Allem ist es also nichts: weder mit dem Aufmarschbahnhof, noch mit dem Kinderfest, noch mit dem Mautherbst der „Leipziger Volkszeitung“. Uebig bleibt selber nur die furchtbare Tatsache des Kindermordes, dessen Schuldige aber hüben wie drüben zu suchen sind.

Kesselexplosion. Gestern vormittag kam es im Kesselhaus der Nähmaschinenfabrik von Heid u. Neu beim Ausschladen einer Feuerung zu Gasbildungen, die eine Explosion hervorriefen. Eine Stichflamme entzündete auch noch die über dem Kesselraum befindlichen Teile des Gebäudes. Das Eingreifen der Feuerpöcher verhinderte eine weitere Ausdehnung des Brandes, jedoch auch der Gebäudeschaden, den man wohl auf etwa 5000 M schätzen kann, verhältnismäßig gering ist. Leider sind aber, wie das „Tagblatt“ zu berichten weiß, mehrere bei dem Kessel beschäftigte Geizer und Hilfsarbeiter mehr oder weniger schwer verletzt worden. Schwerverletzt sind die Geizer August Seinfeld und Christian Fried, mit leichten Verletzungen kamen davon die Geizer Philipp Vender und die beiden Hilfsarbeiter Martin Wffner und Friedrich Waierschmitt. Alle Verletzten wurden mit dem Krankenauto in das Städt. Krankenhaus verbracht; wie wir erfahren, besteht glücklicherweise bei keinem der Verunglückten Lebensgefahr.

Die Hundstage. Am 24. Juli nahmen die sogenannten Hundstage ihren Anfang. Mit dem Hund haben sie freilich nichts zu tun, außer daß auch er wie wir in diesen Tagen unter der fürchterlichen Hitze zu leiden hat. Der Hund, der zu obiger Bezeichnung Anlaß gegeben hat, ist der „Große Hund“, ein Stierhund, in dem als Stern der helle Sirius strahlt. Dieser Hundstern erstreckte sich bei den Völkern des Altertums besonderer Würdigung. Den alten Ägyptern leistete er treue Wächterdienste; wenn er nämlich mit der Sonne am Morgenhimmel zu sehen war, dann glaubte man, daß der Nil aus seinen Ufern trete. Wenn dieses Zeichen am Himmel sichtbar wurde, rechnete man in Griechenland mit dem Eintritt größter Hitze. Noch heute beginnen mit dem Tage, da die Sonne in das Zeichen des Löwen eintritt, auch bei uns die Hundstage, die als die heißensten Tage des Jahres bekannt sind. Da ihre Dauer bis zum 24. August währt, so füllen sie die Erntemochen aus. Die Landwirte sehen es gerne, wenn sich diese Tage durch trodenes Wetter auszeichnen. Hundstage hell und klar, zeigen an ein gutes Jahr.

Wieviel gilt das Gold? Der Ankauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank und Post erfolgt in der Woche vom 25. bis 31. d. M. zu demselben Preis wie in der Vorwoche, nämlich 320 M für ein 20 Markstück, 160 M für ein 10 Markstück, für ein Kilogramm Feingold zahlt die Reichsbank 44 600 M und für die ausländischen Goldmünzen entsprechende Preise.

Der Kleinrentner-Bund Karlsruhe veranstaltet von jetzt ab regelmäßig alle drei Monate, und zwar jeweils am zweiten Mittwoch des Vierteljahres, Mitgliederversammlungen. In der ersten sehr stark besuchten Versammlung dieser Art berichtete der Vorsitzende, Medizinalrat Dr. W. W. über die Tätigkeit des Vorstandes in den abgelaufenen Monaten. Von besonderem Interesse war dabei die Mitteilung, daß die badiische Regierung ernstlich beabsichtigt sei, Mittel und Wege zur Milderung der Notlage der Kleinrentner zu finden und zu diesem Zweck in den letzten Tagen in einem Nachtrag zum Staatsvoranschlag die Summe von 500 000 M angefordert habe. Auch auf dem Gebiete der Selbsthilfe ist ein Fortschritt erzielt worden. Ferner wurden die Mitglieder auf das neue Wohnungsabgabengesetz vom 26. Juli d. J. und die darin vorgesehenen, namentlich auch den Kleinrentnern zugute kommenden Vergünstigungen aufmerksam gemacht. Der Verein zählt bis jetzt 340 Mitglieder; diese Zahl ist für eine Stadt von dem Umfange Karlsruhe und im Vergleich mit anderen Orten verhältnismäßig noch sehr gering. Der Vorsitzende nahm daher Veranlassung, den Mitgliedern die Annäherung weiterer Mitglieder im Interesse der Sache dringlichst ans Herz zu legen.

Lebensrettung. Die heißen Tage des Sommers, die die Menschheit in das lähmende Bad in See und Fluß treibt, hat in diesem Jahre leider auch in Karlsruhe seine Opfer gefordert. Die im Verhältnis zu der Größe unserer Stadt immer noch ungenügenden Sommer-Begelegenheiten — die wenigen Bäderanlagen sind mehr als überfüllt — veranlassen viele, trotz des Verbotens, zum Baden im Rhein zu gehen und offenen Rhein. Bei dieser Gelegenheit mußten schon mehrfach Mitglieder der Schwimmvereine in eine reißende eingreifen. So gelang es am Mittwoch leger Woche den Herren Kurt Hügle und Alfred Waffner, am Ende des Stichkanals bei der Salzmühle ein dem Ufer nahen jungen Mann im letzten Augenblicke zu retten und auch am vergangenen Sonntag konnte das Mitglied Oskar Brandner im offenen Rhein bei Rappenswörth 2 jungen Damen helfend beibringen, die leichtfertiger Weise trotz Unfertigkeit im Schwimmen dort badeten. So konnten fünf hintereinander 2 Unglücke verhütet werden. Die Vorfälle zeigen deutlich die gegenwärtige Tätigkeit der Schwimmvereine — die gemeinsam mit der Deutschen Lebensrettungsgesellschaft — durch Erlernen des Schwimmens und die Verbreitung der Kunst des Lebensrettens erfolgreich im Dienste der Allgemeinheit arbeiten.

Der Verein der Hundfreunde wird, wie in früheren Jahren, auch in diesem Jahre eine allgemeine Schau von Hunden aller Rassen abhalten, und zwar in der Weidbahn und den Stallungen der früheren Kaserne des Feldart. Regts. 14, Gottesau. Die Schau verspricht sehr interessant zu werden. Die Leitung der Veranstaltung liegt in den Händen des 1. Vorsitzenden des Vereins, Herrn Alb. Saffner, Karlsruhe, Erbprinzenstraße 20.

Unfall. In einer Fahrt der Weststadt entfiel gestern vormittag beim Ueberfahren eines Manometers auf eine Saurestoffschale auch noch unangeführte Weise eine Stichflamme, durch welche ein hier wohnender Schwab am rechten Hand, im Gesicht, am Hals und an der Brust erbebtlich verletzt wurde. So daß er mittelst Krankenautos nach dem Städt. Krankenhaus verbracht werden mußte.

Valuta-Bericht vom 25. Juli

Markkurs in der Schweiz ca. 7.95. Auszahlung Holland notierte 24.50 M per 100. Auszahlung Schweiz notierte 12.93 M per 100. Fr. Auszahlung England notierte 251 M per 100. Sterl. Auszahlung Frankreich notierte 6.08 M per frs. Fr. Auszahlung Neuyork notierte 75 1/2 M per Dollar.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte vom 26. Juli 1921

Wieder ist das nordwestliche Tiefdruckgebiet ohne störende Wirkung auf Mitteleuropa vorübergegangen. Da sich aber über Frankreich keine Druckströmungen auszubilden scheinen, dürfen Gewitter bald im Lande auftreten. Voraussichtliche Witterung bis Mittwoch nach: Vielereutes Gewitter, sehr warm.

Wasserstand des Rheins

Schusterinsel 115 Zim., gef. 5 Zim., Rehl 211 Zim., Maxau 361 Zim., gef. 2 Zim., Mannheim 23 Zim., gef. 11 Zim., Mannheim-Neckar 230 Zim.

Aus dem Lande

Mannheim, 25. Juli. Brand. Am Samstag abend entstand, vermutlich durch Funken einer Fabriklokomotive, auf dem Gelände der Spiegelmanufaktur Badhof im Holzlager ein Schadenfeuer, wobei 400 Ztr. Buchenholz und 1000 Ztr. Stumpenholz im Gesamtwert von etwa 17 000 M zerstört wurden. — Geländeteil wurde bei Neckarau aus dem Rhein die Leiche eines 47 Jahre alten Arbeiters aus Schifferstadt.

Mannheim, 25. Juli. Am Neckarauer Uebergang wurde der 14jährige Junge Karl Seifig von einem Schnellzug überfahren und sofort getötet. Der junge Mann hatte einen auf das Gleis gefallenen Fußball holen wollen und war dabei von dem Zuge erfaßt worden.

Briefkasten der Redaktion

H. Geiser, Lintgenheim. Wenn Ihre Zuschrift eine Schilderung der Wirtschaftslage der Kleinrentner enthalten würde, die mit näheren Angaben ausgestattet wäre, würden wir recht gerne zur Veröffentlichung freistehen. Aber der Hinweis allein, daß der kleine Landwirt seine großen Sorgen und Mühen hat, und nicht für die Feuerung verantwortlich gemacht werden kann, genügt nicht. Ihre Erfahrungen in Karlsruhe und die Gegenüberstellung der Verhältnisse zweier ländlicher Familien regen zur Vergleich über die Lage der Kleinrentner nichts bei. Schreiben Sie, bitte, einmal, geführt auf Material, die Lage der Kleinrentner, dann finden wir gern zum Abdruck bereit.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Geburten. August Zimmer von Altingen, Schneider hier, mit Emilie Deichmann von hier. Heinrich Coccol von B. Neurent, Maler hier, mit Frieda Erb von Geberstheim. August Grimmer von hier, Eisen-Oberleit. hier, mit Marie Müllerer von Forchheim. Alfred Müller von Forchheim, Architekt hier, mit Eugenie Witel von hier. Ludwig Bischoff von hier, Kaufmann hier, mit Maria Steub von Ravensburg. Josef Lang von hier, Lehrer in Muggenheim, mit Luise Nagel von hier.

Eheschließungen. Franz Marquart von hier, Maschinenarbeiter hier, mit Ida Schüttenhardt von Elmendingen. Gust. Widenböcker von hier, Radier hier, mit Elisabetha Herzenstein von Alplingen. Bernhard Brambach von Rains, Kostausbehalter hier, mit Elisabetha Mittinger von Kochertürn. Eugen Catoth von hier, Maler hier, mit Rosa Witz von hier. August Gung von Forch, Hilfsarbeiter hier, mit Maria Hug von Gengenbach. Karl Strenger von hier, Werkführer in Gaggenfeld, mit Luise Rehr von hier. Hans Waff von Lössel, Lehrer alda, mit Elisabeth Schmitt von hier. Georg Reinte von St. Elgart, Zumeister in Elberfeld, mit Pauline Erleben von Forchheim. Jakob Gasser von Mastatt, Wagnerarbeiter hier, mit Hermina Krdner von Doxau.

Todesfälle. Walter, alt 22 Tage, Vater Oskar Kießfeldel, Kaufmann. Kurt, alt 7 Mo., Vater Jakob Demmer, Schneidermeister. Johann Edmilt, lebig, alt 68 J.

Wannheim, 23. Juli. Zu der schon gemeldeten Verhandlung des Leiters der hiesigen Kartoffelzucht wird noch gemeldet, daß die Verfassung schon vor einigen Wochen erfolgt ist. Der Leiter der inzwischen aufgestellten hiesigen Kartoffelzucht Georg Dahn hat in Gemeinschaft mit seinem Bruder den Preis von zwei Waggons Kartoffeln in die Tasche gesteckt. Durch falsche Papiere war diese Unterschlagung möglich. Dahn wurde in der Sommerfrische, wo er sich mit einem Dämchen aufhielt, verhaftet. Die genaue Summe des Diebstahls ist noch nicht festgestellt; sie soll 30 000 M überschreiten.

Wiesbaden, bei Philippsburg, 23. Juli. Die bayerische Regierung beabsichtigt nicht den Gernersheimer Hofen zu einem Umfahnhof auszubauen, da ein Bedürfnis hierfür zur Zeit nicht anerkannt werden könne, umso weniger, als in der Nähe die Umfahnhöfen Speyer und Ludwigshafen vorhanden seien. Bezüglich der Schiffbrücke Gernersheim sind Verhandlungen mit dem Reichsstaatsministerium, der badischen Regierung, der Stadt Gernersheim und den beteiligten Gemeinden im Gange.

Emmendingen, 23. Juli. Auf einer Bank in den Anlagen des alten Friedhofes hat sich der 26jährige Schneider Albert Kahl erschossen.

Freiburg, 25. Juli. Die Eisenbahngeneraldirektion hat die Ausgabe von Sonntagskarten auch für Freiburg genehmigt. **Wiesbaden, 23. Juli.** (Amt Celenheim.) Als der Landwirt K 5112 mit seinem beladenen Frachtwagen, worauf seine Frau und zwei Kinder saßen, nach Hause fahren wollte, scheuten die beiden Kühe des Wagens und gingen durch. K 5112 wurde zwischen den Wagen und den Gartenweg gedrückt, er erlitt sehr schwere Verletzungen. Seine Frau und die Kinder kamen mit dem Schrecken davon.

Gerbach, 25. Juli. Die Redarfahrt bei Hirsborn kann wegen des niedrigen Wasserstandes nicht mehr fahren; deshalb wird eine Notbrücke über den Redar gefolgt werden.

Gerbach, 25. Juli. Das kürzlich fruchtbarsten im Redar zwischen Weilbrunn und Gundersheim hat einen Schaden von über 200 000 M verurteilt. Im mittlern Landtag ist von einem Zentrumsabgeordneten eine Anfrage eingebracht worden, welche Maßnahmen künftig ergriffen werden, um solche Vorfälle zu vermeiden.

Angelsfälle beim Baden. Beim Baden im Rhein bei Kehl ist der 17jährige Sohn des Kaufmanns Johann Andreas in Kehl ertrunken. — In einem Nebenwasser des Rheins bei Breisach ist der Landwirt Bauer von Niederstungen samt seinem Pferd, das er in die Schwemme geritten hatte, ums Leben gekommen. — Am Mannheimer Strandbad gerieten am Sonntag 6 Personen in schwere Gefahr des Ertrinkens, konnten aber durch das tatkräftige Eingreifen anderer Badegäste gerettet werden.

Deutscher Arbeiterfängerbund, Gau Baden, 3. Bezirk. Der Bezirksausschuß des 3. Bezirks hat sich neu konstituiert. Die Adressen sind folgende: Bezirksführer Aurel Häuser, Karlsruhe, Kapellenstr. 28, Schriftf. Wilhelm Schmidt, Schmidt, Kapellenstraße 28, Kassier Karl Kerner, Gartenstadt Müppur, Im Grün 49, Beisitzer Frau Schwedt, Karlsruhe, Wilhelmstr. 78. Als Revisoren wurden die Saengerassen Planke, Typographia, und Gehring, G. S. Maschinenbauer, bestimmt. Sämtliche Zuschriften sind an den Bezirksführer zu richten.

Auf der letzten Bezirkskonferenz wurde ein Antrag angenommen, der lautet: Die Gewerkschaftsvorständen sollen in Zukunft auf ihre Mitglieder einwirken, sich mehr wie bisher den Arbeitergefangenen anzuschließen.

Ueber den Waffentransport haben die Bezirksämter vom Ministerium des Innern eine Anweisung erhalten, wonach auch in Zukunft eine scharfe Kontrolle bezüglich aller Waffentransporte erfolgen solle. Transporte von Militärwaffen, bei denen nicht zweifelsfrei festgestellt werden kann, daß sie für die Reichswehr oder für Gendarmerie, Polizei, Jorkischuk, Zollpersonal usw. bestimmt sind, müssen angehalten werden.

Kernichtung der Dehmernte durch die Trockenheit. Die Landwirtschaftskammer hat in einem Schreiben an das Ministerium des Innern und die Bezirksämter auf die drohende Futtermittelknappheit hingewiesen und sie ersucht, Anordnungen zu treffen, daß das in den Wasserläufen noch vorhandene Wasser für die Landwirtschaft in erster Linie durch Bewässerung dienlich gemacht wird.

Sorgfältige Verpackung von Silberendungen. Eingezahlte, mit einer Glascheibe versehene Silbergehörten zu den leicht zerbrechlichen Gegenständen, die zur Postbeförderung nur bedingt zugelassen sind. Für solche Sendungen wird nach den Postvorschriften kein Ersatz geleistet, wenn sie infolge ihrer Verpackung oder ihrer Verpackung beschädigt werden. Den Versendern von Silber mit Glascheiben sowie von leicht zerbrechlichen Gegenständen überhaupt ist daher dringend zu empfehlen, derartige Gegenstände durch Holzvolle, Wellpappe oder anderen geeigneten Stoff auf allen Seiten gegen äußere Einwirkungen gut zu schützen und zu ihrer Verpackung möglichst bauhäufige und handliche Holzstücken zu verwenden.

Staatslandsberichte. Die Kreisstelle des deutschen Landwirtschaftsrates schreibt Mitte Juli: Deutschland steht seit Wochen mit wenigen Ausnahmen wieder im Zeichen großer Dürre, die das Wachstum insbesondere von Sommergetreide, Getreide und Futterpflanzen vielfach auf das empfindlichste beeinträchtigt hat. Während noch Mitte v. M. 51 Prozent der Weizenstatter melden konnte, daß die Niederschläge genügend gewesen sind, wird dies nur von 29 derselben in diesem Monat berichtet. Am schlimmsten lauten die Klagen aus Südpfalz, Weinberg, Rheinhessen und der Rheinprovinz. In dieser Provinz hat die Dürre bereits eine Katastrophe hervorgerufen. Selbst das Wintergetreide wird dort infolge Mangel an vielen Gegenden eine Mißernte haben, während Sommergetreide, Getreide, Weizen und Weiden vielfach völlig verbrannt sind. Die Ähris ist dort soweit eingetroffen, daß die Bauern häufig für Vieh verschleudern müssen. Somit wird das Wintergetreide eine mittlere bis gute Ernte aufweisen, Kartoffeln sind häufig im Wachstum zurückgeblieben. In Futterpflanzen ist der erste mächtige Schritt beendet, die Aussichten auf den zweiten sind sehr gering. 45 Prozent der Weizenstatter beurteilen den Stand der Futterpflanzen als schlecht.

Salz-Erholungsreisen. Nach einer Schweizer Blättermeldung hat die deutsche Gesellschaft in Bern innerhalb kurzer Zeit über 2000 Reisepässe für Einzelpersonen und Familien zu einem Kaufaufenthalt in Deutschland und speziell im Schwarzwald ausgestellt. — Aines Musterlande! So wirst du von Nord und Süd langsam ausgekostet!

Aubrklärung durch die Schule. Das bad. Unterrichtsministerium hat an die Schulbehörden der Volksschulen einen Erlass gerichtet, in dem ihnen zur besonderen Pflicht gemacht ist, bei den ersten Anzeichen einer epidemisch auftretenden Minder unermüßlich mit dem Bezirksarzt wegen Schließung der Schule ins Benehmen zu sehen. In den Orten, in denen ein Schularzt bestellt ist, ist zunächst dessen Gutachten einzuholen.

Ein weiterer Ferienüberzug zu ermäßigtem Fahrpreis nach dem Schwarzwald und Bodensee wird am 10. August von Mannheim, Heidelberg, Bruchsal, Karlsruhe und Pforzheim durchgeführt. Der Kartenverkauf für die Ferienüberzüge am 1. und 18. August beginnt am 26. Juli, für den neuen Sonderzug erfolgt noch Bekanntmachung.

Badischer Kreisstag

H. Freiburg, 23. Juli. Auf heute vormittag war hier nach Freiburg, dem derzeitigen Vorort der badischen Kreise, ein Landes-Kreisstag einberufen worden, zu welchem sämtliche Kreisämter der elf Kreise Badens Vertreter entsandt hatten. Die badische Regierung war durch Landeskommissar Geheimrat Schneider-Freiburg und durch Frau Regierungsrat Dr. Baum vom Arbeitsministerium vertreten. Der Vorsitzende des Kreisamtes Freiburg, Landtagspräsident Dr. Kopf, eröffnete die Tagung mit einer Begrüßungsansprache, worauf in die geschäftlichen Verhandlungen eingetreten wurde, deren erster Verhandlungsgegenstand der Beitritt der badischen Kreise zum Gewerband der badischen Gemeindeparlamente bildete. Die Versammlung erklärte sich mit dem Beitritt, den ein Angehöriger des Kreisamtes Waldshut befristete, einverstanden. — Hierauf kam die vorbeschlagene gemeinsame Forderung der Hausierjuden mit der Badischen Landwirtschaftskammer zur Besprechung. Kreisamtsmitglied Semberger-Mosbach beschloß den Zusammenschluß in dieser volkswirtschaftlich wichtigen Frage, da die Kreise auf die Dauer nicht in der Lage wären, erprießliches allein zu leisten. Die Tagung einigte sich dahin, baldmöglichst eine Kommission zu ernennen, welche mit der Landwirtschaftskammer, unter Zuziehung von Beauftragten der Regierung, über die Einzelheiten des Zusammenschlusses die nötigen Schritte unternehmen soll.

Ueber Organisation der Wohlfahrtspflege in Baden berichtete Kreisamtsmitglied Bauer-Freiburg. Nach seinen Ausführungen ist die Zeit für die angeregte Uebernahme der gesamten Wohlfahrtspflege durch die Kreise noch nicht gekommen. Die Frage sei noch ungeklärt und erst müßten die in Vorbereitung befindlichen einschlägigen Gesetze, wie das Jugendwohlfahrtsgesetz, abgewartet werden. Es wurde nach längerer Aussprache über diesen Punkt eine Resolution angenommen, welche eine Vernehmung der Zahl der Fürsorgeverweirten für wünschenswert hält. Weiter heißt es in der Entschließung: der Kreisstag anerkennt, daß die Wohlfahrtspflege am besten durch Selbstverwaltungskörper (wie es die Kreise sind) ausgeübt wird, um aber hierüber auf eine einheitliche Basis zu gelangen, erludt man das badische Arbeitsministerium baldmöglichst eine Konferenz, im Einvernehmen mit den Kreisverwaltungen, zur Besprechung der Wohlfahrtspflege einzuberufen. — Ueber die Unterhaltungsfrage der Kreise in Verbindung mit dem Telegraphenwegverkehr vom Jahre 1880 gibt Bürgermeister Dietrich vom Kreisamt Waldshut nähere Aufschlüsse. Als Referent für den nächsten Verhandlungsgegenstand, betreffend das Befahren der Kreisstraßen und Kreiswege mit Lastkraftwagen, war Bürgermeister Walz-Zell i. B. bestimmt worden, da ihn aber eine Erkrankung fernhielt, gab der Vorsitzende des Verräter Kreises, Bürgermeister Dr. Guglmeier, eine längere Darstellung der Schäden, welche die Straßen, Brücken und Dahlen durch die privaten und staatlichen Autosinfen erleiden. Weitere Beschwerden in dieser Hinsicht trugen die Kreisamtsmitglieder Ring-Mannheim, Engelhardt-Heidelberg, Stritt-Karlsruhe, Siebert-Waldshut und Dr. Kopf-Freiburg vor. Es gelangte ein Antrag zur Annahme, der eine Uebernahme des Betriebes der Kraftwagen und eine Erweiterung der staatlichen und privaten Postpflicht fordert.

Die unumkehrbar kommende Mitwirkung der Kreise bei der Kriegsbeschäftigten- und Kriegshinterbliebenenversorgung durch Gewährung von Beihilfen, worüber Kreisamtsmitglied Krieg-Offenburg sich des näheren ausließ, führte zur Annahme einer Entschließung, welche besagt: Die Unterfertigung der Kriegsbeschäftigten- und Kriegshinterbliebenen ist in erster Linie Aufgabe des Reichs und der Engländer. Aus diesem Grunde sind sich die Kreise darüber einig, daß eine solche Unterfertigung nicht zu ihren Aufgaben gezählt werden kann. — In einem weiteren zur Annahme gelangenden Antrag wird die Gewährung von Rentenzulagen auch an Armenberzieher sich in Anstaltspflege befinden. — Ueber die bisher geübte Mittelstufenhilfe seitens der Kreise sprachen sich mehrere Kreisvertreter dahin aus, daß die Beihilfe ihren Zweck in vollem Umfang erfüllt hätte. — Bei Besprechung der Schungen der landwirtschaftlichen Winterschulen wurde von verschiedenen Kreisvertretern die Tätigkeit der Sonderanstalten in den Kreisverwaltungen bemängelt, weil sie oftmals eine Ersparnung und Hemmung der Geschäftsführung bedeuteten. Dem entgegen verlich man auch der Meinung Ansbord, diese Sonderanstalten hätten eine gewisse Berechtigung und seien nicht ohne weiteres entzerricht.

Die notwendig gewordene Erhöhung der Staatsdotationen an die Randamenderrände (Kreise) begründete Kreisamtsmitglied Bauer-Freiburg. An der Aussprache beteiligte sich u. a. Bürgermeister Dr. Guglmeier-Lörrach, der auf die vorherrschend mißliche Lage der Kreise an der schweiz. Grenze hinwies. Auf einen Einwand des Landeskommissars Gehe mrat Schneider, man möge dem Staat nicht zu vieles aufhalten, entgegnete Kreisamtsmitglied Strobel-Mannheim, daß der Staat die Pflicht hätte, den Kreisen zur Bewältigung ihrer vielfältigen Aufgaben wegehende Zuwendungen zu machen. Ein Antrag auf Erhöhung der Dotationen wurde angenommen, im Anschluß an diese einstimmige Annahme bezeichne man es als ein Gebot der Willigkeit, auch die Staatszuschüsse für die Unterhaltung der Kreisstraßen und Kreiswege heraufzusetzen.

Als letzter Gegenstand der Beratungen wurde erwogen, ob dem Forschungsinstitut für rationelle Betriebsführung im Handwerk (St. Karlsruhe) ein Beitrag der Kreise zuzuwenden sei. Sämtliche Kreise, mit einer einzigen Ausnahme, haben sich bis jetzt in dieser Frage ablehnend verhalten. Auch die heutige Tagung nahm eine gleichbleibende Haltung ein. Man war der Meinung, es müßte den Handwerkern überlassen bleiben, die Angelegenheit selbst in die Hand zu nehmen, oder sich an die Regierung zu wenden. Mit Zustimmung der Teilnehmer des Kreisstages bleibt Freiburg vorläufig als Vorort der badischen Kreise bestehen. Vorsitzender Dr. Kopf sprach in seinem Schlußwort die Hoffnung aus, es möge das, was heute beraten und beschlossen wurde, den Kreisen und damit dem ganzen Lande zum Vorteil gereichen.

Kleine Nachrichten

Mannheim. Die in Koblenz und Effen geführten Verhandlungen wegen Beilegung des Rheinischhaffenskreises hatten den Erfolg, daß die Maschinen- und Feizer die Arbeit am Mittwoh wieder aufnehmen wollten, nachdem ihre Forderungen im wesentlichen anerkannt waren. Nunmehr haben die Rairosen neue Forderungen gestellt, so daß wiederum Verhandlungen nötig werden und die Aufnahme der Rheinischhaffahrt am nächsten Mittwoch in Frage gestellt ist.

Berlin. Durch erneute Verhandlungen unter dem Vorhitz des Regierungsrates Dr. Trahm vom Reichsarbeitsministerium ist eine Einigung für das Buchdruckgewerbe erzielt worden.

Effen. Der Reichstagsabgeordnete Dr. Quast richtete folgendes telegraphisches Erlauchen an die Reichsregierung: Die „Düsseldorfer Zeitung“ ist vom 17. Juli ab auf drei Monate ohne jede Angabe von Gründen verboten. Was gedenkt die Reichsregierung zum Schutze der deutschen Presse zu tun?

Wien. Die Wiener Buchdruckerzunft hat heute wegen Lohnforderungen in den Ausstand getreten. Die vom Ausstand betroffenen hiesigen Zeitungen geben bis auf weiteres gemein-

sam ein Morgenblatt unter dem Titel „Nachrichtenblatt der Kölner Zeitungen“ heraus. „Rheinische Zeitung“ und Sozialistische Republik“ erscheinen, da sie die Forderungen der Gehilfen bewilligt haben.

Katibor. In Dzierkowitz kam es Sonntag nacht zu lebhaften Schießereien. In Murawa wurde ein Eisenbahnzug angehalten und das Gleis durch Waggons verperrt. Erst nach 1 1/2 Stunden konnte der Zug weiterfahren. Er wurde jedoch 1 Kilometer von Dzierkowitz entfernt von neuem angehalten. Die Strecke bis Katibor-Hammer ist von den Polen besetzt. Die deutsche Brückenwache von Dufau wurde nachts von den polnischen Ortswehren unter heftigen Maschinengewehrfeuer genommen. Die Brückenwache ist 80 Mann stark und gut ausgerüstet und mit Maschinengewehren besetzt.

Walbrand im Oberrhein. Am letzten Freitag nachmittags 2 Uhr brach an zwei entgegengesetzten Stellen des Konnenbrudwaldes, vielfach auch bekannt unter dem Namen Grafenwald, zwischen den Bahnhöfen Bollweiler-Mühlhamen und Luttenbach-Sennheim ein gewaltiger Brand aus, der infolge des leichten Windes in dem dünnen Unterholze rasch weiter frah. Der Brand dauerte bis in die Nacht hinein und vernichtete einen Waldbestand von etwa 1200 Hektar in einem Umfang von drei Kilometer Länge und 4 Kilometer Breite. Die Endpunkte des Brandherdes waren Sennheim und die Rastgrube Amelle. Die Arbeiterkolonie Grafenwald mit ihren Holzbauten am Saume des Brandplatzes war längere Zeit in größter Gefahr, vor allem weil das Wasser zum Löschen fehlte.

Rom. Nach einer Meldung der „Agenzia Stefani“ wurde einer der deutschen Abgeordneten für Südtirol, Kurt Mikoluski, beim Verlassen der Kammer von einer Person tödlich angegriffen. Der Präsident der Kammer ließ der Fraktion der deutschen Abgeordneten sein Bedauern darüber ausdrücken. Auch Ministerpräsident Bonomi sprach dem deutschen Abgeordneten sein Bedauern aus und versicherte, daß die Polizei Maßnahmen zum Schutze aller Parteien ergriffen habe.

Paris. Drei maskierte Banditen haben in der letzten Nacht die Reisenden eines Wagens 1. Klasse in dem Zug Paris-Marseille zwischen den Bahnhöfen Beaune und Chagny ausgeplündert. Ein Schüler des Polytechnikums wurde bei dem Versuch, sich zu wehren, von den Angreifern getötet. Diese setzten die Notbremse in Bewegung, verließen den Zug und entkamen unerkannt.

Paris. Der „Intransigent“ als einziges Blatt meldet aus Sille die Ankunft des Generalsekretärs der 3. Internationale, Kosowski, in Begleitung von drei anderen russischen Kommunisten. Sie haben die Grenze in bis jetzt unaufgeklärter Weise passiert.

Letzte Nachrichten

Reichsjustizminister Schiffer über das Kabinett Wirth

M. Mannheim, 25. Juli. Auf einer festlichen Veranstaltung der Deutschdemokratischen Partei am 23. Juli in Mannheim hielt Reichsjustizminister Schiffer eine bemerkenswerte Rede, in der er über die Stellung des Kabinetts Wirth sagte:

„Die Ententemächte müssen sich darüber klar sein, wenn sie über die Beibehaltung der Sanktionen und über die Zuteilung Oberschleusen entscheiden, daß der Sturz des Kabinetts Wirth mehr bedeutet, als ein bloßer Personalwechsel: Wenn dieses Kabinett von der Wucht der Ereignisse weggerafft wird, dann wird es keine Regierung geben, die eine ordnungsgemäße Entwicklung durchführen kann. Die Auflösung des Reichstages würde eine Verstärkung der Rechts- und Linksparteien sein, und eine Zerreißung der Mitte bringen — wir hätten das Chaos — darum hängt von dem Schicksal des Kabinetts Wirth, das Schicksal Deutschlands ab, weiter das Schicksal Europas, das Schicksal der Welt.“

Streik im Strahburger Elektrizitätswerk

M. Strahburg, 25. Juli. Seit Ende letzter Woche ist die Arbeit im hiesigen Elektrizitätswerk niedergelegt. Die Wirkung des Stillstandes macht sich überall auf das Unangenehmste bemerkbar. So wurden in der Strahburger Milchzentrale 30 000 Liter Milch sauer, und es besteht die Gefahr, daß Kranke und Säuglinge überhaupt nicht mehr mit Milch beliefert werden können. Der Betrieb der Weieranlagen, der Spilärer und die Lebensmittelversorgung ist auf das Empfindlichste gestört. Seit 2 Monaten steht die Direktion des Elektrizitätswerkes mit ihrer Arbeiterschaft im Verhandlungen über den Tarifvertrag, der am 1. Juli abgelaufen war. Der Lohn, die Löhne um 30 bis 45 Ct. zu kürzen, widerlegte sich die Arbeiterkraft. Da die Arbeiterschaft einstimmig die Herabsetzung des Lohns ablehnte, organisierte die Direktion für den Fall eines Streiks Ausschüßpersonal. Daraufhin trat die Arbeiterschaft geschlossen in den Streik. Der Streik hat auch bereits auf die Angehörigen der Strahburgerbahn übergegriffen. Vor die Wahl gestellt, entweder eine Lohnreduktion oder Entlassung anzunehmen, wählten die Angehörigen das letztere, so daß auch die Angehörigen der Strahburgerbahn als ausgesperrt zu betrachten sind.

Fagelkatastrophe im Elß

M. Dambach, 25. Juli. Ende letzter Woche wurden Dambach, Altenweiler, Eßig und Strohheim von einer schweren Fagelkatastrophe heimgesucht. Innerhalb weniger Minuten waren Feldwege und Straßen in reichende Wäde verwandelt. Das Wasser drang in den Bauernhöfen in die Keller, Geflügel und Kleintiere fanden in den reichenden Bogen den Tod. Eißstüde zerklüft die Fagel, der Sturm deckte die Dächer ab, sobald der Regen ungehindert in die Häuser dringen konnte. Die Bäume sind entblättert und die Reben völlig zerföhren, ebenso die Kartoffeln, Rüben und Salat. In Strohheim haben besonders die Tabakfelder schwer gelitten.

Selbstmord eines Militärbefehlshabers

M. Madrid, 25. Juli. Nach den letzten hier eingetroffenen Nachrichten soll sich der Befehlshaber der spanischen Truppen in Marroko, Sil Bestre, nachdem er persönlich den Rückzug seiner Truppen angeordnet hatte, mit seinem Generalstab das Leben genommen haben. Kurz vor seinem Tode richtete er eine Depesche nach Madrid, wonach es ihm gelungen war, den Führer der Aufständischen, Abba Arim, zu töten.

Schriftleitung: Georg Schäpflin. Verantwortlich: für Artikel, Politische Ueberlicht und Letzte Nachrichten Hermann Kabe; für Politische Politik, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der Partei, Gerichtszeitung und Heuiletton Hermann Winter; für Aus der Stadt, Gemeindepolitik, Soziale Rundschau, Genossenschaftsbewegung, Jugend und Sport, Viehzucht Josef Eisele; für den Ausgewählten Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe.

Verbandsanzeiger Bei 5 u. mehr Zeilen mit 1.20 die Zeile Bei 1.20 die Zeile **Verbandsanzeigen** haben unter dieser Rubrik keine Aufnahme.) **Durchs.** (Sozialdemokratische Partei, Rathhausfraktion.) **Mittwoch** abend punkt 8 Uhr Fraktionsitzung im Reinen Rebenzimmer der Festhalle. Vollzähliges Erscheinen erwünscht. 5321

Die Bekämpfung der Fliegenplage etc.

Wegen der zur Zeit infolge der großen Hitze bestehenden Ausbreitung wird für die Zeit bis 1. Oktober mit Zustimmung des Stadtrates der Landeshauptstadt Karlsruhe auf Grund des § 87a P. Str. G. B. und der Verordnung des Ministeriums des Innern vom 8. Juli 1918 (Gel. u. Verordg. Bl. S. 187), folgende mit Entscheidung des Herrn Landeskommisars vom 22. Juli 1921 für vollziehbar erklärte

Ortspolizeiliche Vorschrift

erlassen. 1689

1. Vorschriften für Stallungen und Kleintierzucht

Die Inhaber von Stallungen sind verpflichtet 1. Die Stallungen reinlich zu halten. Die Stallböden und Raucherinnen sind öfters mit Wasser zu übergehen und mit Beien zu säubern. Mindestens 1 mal wöchentlich ist der Stall gründlich auszumisten. Das Mäthen der Wände und Ständecken mit Kalkmilch ist zweckmäßig.

In der Zeit bis 30. September die Stallfenster durch Blauen Anstrich abdunkeln.

2. Vorschriften für Aborte, Dünger- und Komposthaufen

1. Die Inhaber von Wohnungen sind gehalten, die Aborte rein zu halten. Tägliches gründliches Abwaschen der Sitze mit warmem Wasser wird empfohlen. Alle Aborte (mit Ausnahme der Wasserlosette) sind mit gut schließenden Deckeln zu versehen. In der Zeit bis zum 1. Oktober sind Abfalltrichter und Urinbehälter (ausgen. Wasserlosetts) wöchentlich mindestens 2 mal mit Kalkmilch zu desinfizieren.

2. Die Anlage von Mist- und Düngerhaufen in der Nähe von menschlichen Wohnungen ist auf das allergeringste zu beschränken. Soweit solche bestehen, sind sie in der Zeit bis 30. September möglichst wöchentlich 1-2 mal mit kochender Kalkmilch (1 Liter frisch gelöschten Kalk auf 8 Liter Wasser) zu übergehen. Das gleiche gilt für Komposthaufen, die nicht sofort nach Ausschüttung mit Erde bedeckt werden. Jeder Misthaufen muß eine Ablaufrinne haben, welche Sammelbecken (tadellos abgedeckt).

3. Vorschriften für Lebensmittelgeschäfte

1. Den Inhabern von Räumen, in welchen Lebensmittel verarbeitet, verwahrt oder verkauft werden, wird empfohlen, in der Zeit bis 30. September das Eindringen von Fliegen in diese Räume nach Möglichkeit zu verhindern und die eingebrungenen Fliegen zu vernichten und zwar insbesondere

a) wirksame Fliegenbekämpfungsmittel (ausgenommen arsenhaltige Fliegenpapier) zu unterhalten,

b) die Fenster, welche geöffnet werden, mit Drahtgaze oder einem sonstigen zur Abhaltung der Fliegen geeigneten Gewebe von nicht mehr als 2 Millimeter Maschenweite abzuschießen.

2. In der Zeit bis 30. September sind Lebensmittel in den Verkaufsstellen nur im notwendigen Maße bereit zu halten und in der Hauptkuche in den Vorrätkräumen unterzubringen. In den Verkaufsstellen offen ausgelegte Lebensmittel sollen mit Drahtgaze, Drahtkörben oder dergl. bedeckt sein.

3. Alle Abfälle aus den Verarbeitungs- und Verkaufsräumen sind unverzüglich nach ihrer Bildung zu entfernen und die Tische, auf denen sie (besonders Fleisch) gelegen haben, möglichst 1 mal täglich mit heißem Wasser und Sodaaufsatz rein zu säubern.

4. Lebensmittel dürfen nur in reinen Behältnissen transportiert werden und zwar in geschlossenen oder mit reinen Leinen, Dedeln bedeckten Körben, geschlossenen Wagen (Fleischwägen und dergl.). Die Vorschriften 2-4 gelten entsprechend auch für Waren im Marktverkehr.

4. Vorschriften für Krankheitsfälle

Trifft in einem Hause eine ansteckende Krankheit aus, so sind bis zu ihrem Erlöschen die Inhaber der Wohnräume in dem Hause ganz besonders gehalten, das Eindringen von Fliegen in Wohnräume, Abort und Küchen nach Möglichkeit zu verhindern, und die eingebrungenen Fliegen zu vernichten, außerdem haben sie alle Nahrungs- und Genussmittel fliegenfrei aufzubewahren.

5. Strafvorschrift

Zu widerhandlungen werden gemäß § 87a P. Str. G. B. mit Geld bis zu 100 M oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft. Karlsruhe, 28. Juli 1921. O. 3 110

Abd. Bezirksamt - Polizeidirektion.

Pferdegefellung in Brandfällen.

Alle Pferdebesitzer werden unter Hinweis auf § 7 Abs. 1 der Feuerlöschordnung für die Stadt Karlsruhe hierdurch aufgefordert, im Falle eines Brandes ihre zur Verfügung stehenden Pferde nach dem nächstgelegenen Feuerhaus zu entsenden, für die Dauer der Hilfeleistung wird die entsprechende Vergütung gewährt. Außerdem werden für die am schnellsten an den Feuerhäusern eintreffenden Pferde besondere Prämien bezahlt. Diese betragen:

Table with 2 columns: Description of horse (e.g., first horse, second pair, etc.) and Amount (e.g., 7.50, 15, 10, etc.).

Es werden benötigt: am Feuerhaus Birtel 6, Hebelstraße 5, Leopoldschule 2, Rebenhofscheule 2, Mühlburgerstraße 3.

Die Pferdebesitzer machen sich durch Nichtbefolgung dieser Aufforderung nach § 114 Abs. 1 des Bad. Polizey-Strafgesetzes und der §§ 360 und 368 Abs. 1 des Reichsstrafgesetzes strafbar. Karlsruhe, im März 1919.

Der Stadtrat. 214

Advertisement for 'Karlshaus' featuring a cartoon illustration of a man and a bear, and the name 'FLAMMER'.

Advertisement for 'STADTGARTEN' featuring a logo with a crown and the text 'Solisten-Ahnd'.

Large advertisement for 'Möbel-Ausstellung Holz-Gutmann' with a circular border and text about furniture and prices.

Advertisement for 'Dr. med. Max Durr' with contact information and hours.

Advertisement for 'Geometerkandidaten' regarding a state examination.

Advertisement for 'Späthjahr' regarding a course for geometer candidates.

Advertisement for 'Städt. Konzerthaus' with dates and times.

Advertisement for 'Listen I. Klasse' regarding a lottery.

Advertisement for 'Ludwig Gög' regarding a lottery.

Advertisement for 'Anfertigung Herrengarderobe'.

Advertisement for 'Gottlieb Heimburger' regarding a course.

Advertisement for 'Herrnanzüge' regarding clothing.

Advertisement for 'Dritsch-Anzüge' regarding clothing.

Advertisement for 'festgraue Hosen' regarding clothing.

Advertisement for 'Weintraubs' regarding a business.

Advertisement for 'Deckbett' regarding bedding.

Advertisement for 'Nissin' regarding head lice treatment.

Bekanntmachung über den Verkehr mit Getreide aus der Ernte 1921.

Für das Erntejahr 1921/22 wird der Verkehr mit Brotgetreide (d. h. Roggen, Weizen, Spelz, Dinkel), mit Gerste und Hafer durch das Reichsgesetz vom 21. Juni 1921, sowie durch die Bad. Vollzugsordnung vom 1. Juli 1921 geregelt.

1) Das von den Kommunal-Verbänden aus ihren Bezirken abzuführende Getreide wird den Vorschriften entsprechend im Wege der Umlage aufgebracht. Den städt. Statistisches Amt gegen § 4 des Reichsgesetzes mitgeteilt werden, welche Menge sie abzuliefern haben. 1706

2. Auch im neuen Erntejahr (ab 16. August 1921) wird der Verbrauch der Selbstverjorger an Brotgetreide mit 12 Kilogramm für die Person und Monat berechnet. Das Verfütteln von Brotgetreide (auch wenn es zerquetscht, geschrotet oder sonst zerkleinert ist) ist verboten; auch Mehl darf nicht verfürtert oder zur Bereitung von Futtermitteln verwendet werden.

3. Jeder Anbauer von Brotgetreide muß Selbstverjorger werden. Er hat so bald als möglich nach dem 15. August mit der Selbstverjorgung zu beginnen und, falls er Brotmarken beziehen sollte, für die Zeit der Selbstverjorgung an das städt. Statistisches Amt, oder an die Gemeindefektare die entsprechende Anzahl Brotmarken abzuliefern. - Anbauer von Brotgetreide, die ausnahmsweise nicht Selbstverjorger werden wollen, haben dies bis 1. September dem städt. Statistisches Amt oder den Gemeindefektaren mitzuteilen und Getreide in der ihnen dann auferlegten Menge abzuliefern. Nichterhaltung dieser Bestimmungen ist ebenso unter Strafe gestellt wie Vergehen gegen andere Bestimmungen der Reichsgetreideordnung. Karlsruhe, den 22. Juli 1921.

Das Bürgermeisteramt.

Zu enorm billigen Preisen!

Herrenstiefel, benagelte Rindlederarbeiten, Stiefel für Männer und Frauen, Kinderschuhe, Knabenanzüge, Kinderschürzen, Spielhöschen, Russenmittel, Baumwolltuch, Schürzenstoff, Sportflanell, Schlaf- u. Wolldecken, Nähfäden, Wehl, Frucht- und Kartoffelsäde.

Besichtigung des Lagers ohne Kaufzwang. Verkaufszeit von 8-12 und 1/2-6 Uhr.

L. B. G. Karlsruhe i. B. Kaiserstraße 158, 3. Stock.

Todes-Anzeige.

Verwandten und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Großmutter, Schwiegermutter und Tante

Elise Grässlin geb. Christmann gestern vormittag 1/2 10 Uhr von ihrem langen Leiden erlöst wurde. Karlsruhe, 26. Juli 1921.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen: Balthasar Grässlin. Die Beerdigung findet am Mittwoch abends 1/2 8 Uhr auf dem Mühlburger Friedhofe statt. Trauerhaus: Lameystrasse 57.

Danksagung.

Für die zahlreichen Blumen-spenden, die sichtlich Teilnahme von Verwandten, Freunden und Bekannten, die tröstlichen Worte des Herrn Pfarrers, den Kameraden der blauen Polizei, den erhabenden Trauergesang des Vereins „Gemischter Chor Bruderbund“ nahmen wir als Beweise der Liebe und Anhänglichkeit für unsere liebe Verstorbene mit herzlichem Dank gerne entgegengenommen. Karlsruhe, 26. Juli 1921. Familie Pregel.

Das Turn- und Spielfest

der Volksschulen wird der Hitze wegen verschoben bis nach den Ferien.

Die ausgegebenen Karten behalten ihre Gültigkeit.

Advertisement for 'Kragen-wäscherei Schorpp' with contact information.

Advertisement for 'Arbeiter! Werbet für den Volksfreund.' with contact information.

Advertisement for 'Fahrräder, sehr billig' with contact information.

Advertisement for 'Nordische Stahlgesellschaft' with contact information.

Durlacher Anzeigen.

Kleinvorkaufspreise für Obst und Gemüse für die Zeit vom 20. Juli bis 1. August 1921.

Table with 2 columns: Item (e.g., Äpfel, Birnen, etc.) and Price (e.g., 100-120 Pf., etc.).

Bruchtaler Anzeigen.

Kartenausgabe am Mittwoch, den 27. Juli 1921, von 8-12 Uhr vormittags und von 2 bis 6 Uhr nachmittags an die Buchstaben II bis einschl. K.

Bruchtal, den 26. Juli 1921. Kommunallandrat Bruchtal-Stadt Kartenausgabe.